

Ercheint täglich außer Montags... Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark...

Vorwärts

Infections-Gebühr beträgt für die fünfgeheften Portzelle oder deren Raum 40 Pfg., für Verlags- und Veranlagungs-Kosten 20 Pfg.

Verantwortlicher: Ant 6, Nr. 1106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 21. Februar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Wahlrechts-Schmerzen.

Das Reichstags-Wahlrecht ist seit dem gründlichen Mißerfolg des Kartellgebüdes den Männern der verachteten Majorität ein Grauel. Die ganze Schlachtreihe der reaktionären Organe stand im Gehecht gegen ein Wahlrecht, das die „Bildung“ und den Besitz durch den Blinden Höhr, durch die Massen bändigte...

Die Miquel'sche Steuer-„Reform“ hat nun die Erweiterungen über eine Aenderung des preussischen Wahlrechts wieder lebhafter gestaltet, und die Staatsweisen der bürgerlichen Parteien zerbrechen sich den Kopf, ob und gegebenen Falles wie dies elendeste aller Wahlsysteme, wie einst Fürst Bismarck offenherzig gesagt hat, umzuformen ist. Selbstverständlich ist der Kernpunkt bei all diesen Debatten der, die „Reform“ zu Ruh und Frommen der bevorrechteten Klassen durchzuführen, also den Pels zu waschen und ihn nicht naß zu machen...

Es ist widerfönnig, im Deutschen Reiche das allgemeine gleiche geheime Stimmrecht zu haben und in Preußen den Zensus zum Maßstabe der Wahlberechtigung zu machen. Es besteht eben, weil es widerfönnig ist, denn der Profit der bürgerlichen Kreise ist sicher und unangefastet, die Bedrückung des Volkes geht leichter vor sich, wenn Niemand, der ein wahrer Volksvertreter ist, seine Stimme im Landtage erheben kann...

Bezeichnend für die Auffassung der Sachlage, wie sie von der Majorität der Landrathskammer gehegt wird, ist ein Artikel, den das anstaltliche der Rechten, der Abgeordnete Fehr. v. Zedlitz-Neukirch, im „Deutschen Wochenblatt“ veröffentlicht hat. „Wahlrechts-Fragen“ betitelt er seinen Aufsatz, Wahlrechts-Schmerzen müßte er

indefß heißen. Denn in Wirklichkeit ist das Ganze eine Jeremiade über das böse allgemeine Wahlrecht und ein offenes Bekenntniß zu Gunsten des elendesten aller Wahlsysteme, eine Aufforderung an alle Gutgesinnten, die einig darin sind, dem Volk Sand in die Augen zu streuen und es dann zu schinden und zu schaben nach löblicher Junkerart, fest zusammenzustehen und alle Gefäße nach Ausdehnung des Reichstags-Wahlrechts auf Preußen, ja nur nach etwelchen kindlichen Palliativmitteln entschlossen zu unterdrücken.

Hören wir das Schreckenskind selbst: „Gegenüber dem Andrängen auf Einführung des Reichs-Wahlrechts in Preußen gilt es, das bestehende Dreiklassen-System in einer lebensfähigen und lebenskräftigen Gestalt definitiv festzulegen.“ Diese „lebensfähige und lebenskräftige Gestalt“ soll, man höre und staune, eine Veränderung des bisherigen Verfahrens nach dem Muster des Wahlverfahrens für Stadtverordnete auf der Grundlage des Dreiklassen-Systems sein. Man muß an geistigem Marasmus leiden, wie die Mandarinen-Mitternacht, um für diese „Gestalt“ sich zu begeistern. Ja, nicht einmal zu einer richtigen Begeisterung bringt es die greisenhafte Athemnoth des von Zedlitz, der an dem famosen Vorschlag gar manche Schattenseiten — er ist ihm zum Theil noch zu radikal!! — entdekt hat. Solch' ein Wahlverfahren, nicht Fisch, nicht Fleisch, das immer und allerorten dem Kapital die ausschlaggebende Stellung zuweisen muß, hat kein Recht aufs Dasein. Es ist Zeit, daß es aus der Kommune verschwindet, und es ist eine reaktionäre Schrulle, das miserabile Zensusverfahren durch diese Verballhornung „upzuvermütern“.

Algemeines, gleiches, geheimes Stimmrecht für alle öffentlichen Körperschaften, wie im Reich, so auch im Staat und in der Gemeinde, das ist unsere Parole. Doch wie begründet der freikonservative Politiker seine Ansicht? Weshalb soll das Dreiklassen-System festgelegt werden? „Nicht bloß deshalb, weil dieses System eines der Fundamente der preussischen Verfassung ist, sondern auch, weil es die Gewähr dafür liefert, daß neben der Masse auch Bildung und Besitz gebührend zur politischen Geltung gelangen. Die wohlhabenden Schichten des Volkes sind im Begriffe, durch die Bereitwilligkeit, mit welcher ihre Vertreter noch über die Vorschläge der Regierung hinaus einer höheren Belastung der größeren Einkommen zu Gunsten der kleineren und mittleren Einkommen zustimmen, den Beweis zu liefern, daß sie das ihnen von der Verfassung gewährte Wahlrecht in vollem Maße verdienen.“

Bei der Phrase von dem Klassensystem als „Fundament der Verfassung“, die rein dekoratives Beiwerk ist,

braucht man sich nicht lange aufzuhalten. Die Junker behandeln Verfassungsparagraphen stets nach dem Vortheil, den sie ihnen bringen und ändern und legen Alles so aus, wie es in ihren Kram paßt. Das „Stück Papier“ ist ja doch nur der Niederschlag bestehender Machtverhältnisse. Auf diese aber kommt es an, „Bildung und Besitz“, lies, das Kapital, Grundbesitz, Handelskapital, Industriekapital, sollen die Klinke der preussischen Gesetzgebung in der Hand behalten, deshalb der Lärm. Und ist es nicht rührend, wenn, eine Thräne im Auge, Herr von Zedlitz als Lohn für die „entsagungsvolle Steuerreform-Thätigkeit der Bourgeois“ die Verewigung des Zensus-Wahlrechts fordert? Daß sie nur nicht aus eigener Initiative schon längst „ihre Sonderinteressen gegenüber dem Gemeinwohl“ zurückgestellt haben, sondern warteten, bis Herr Miquel mit seiner would be-Reform kam! Daß sie resignirt zu wenig Steuern zahlten und so nebenbei auch wohl Etwas defraudirten, diese Guten und Schönen, diese Stützen des preussischen Staates, diese verdienstlichen, wohl verdienenden Bourgeois!

„Mit gutem Gewissen,“ ruft pathetisch Zedlitz aus, „und dem dadurch bedingten Nachdrucke wird daher bei der Feststellung des definitiven Wahlgesetzes in Verbindung mit dem Abschluß einer Steuerreform, deren eines Hauptziel die stärkere Heranziehung der wohlhabenden Theile der Bevölkerung zu den Lasten des Staates bildet, an dem Dreiklassen-Wahlssystem unentwegt festzuhalten sein, welches für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung eine ungleich sicherere Gewähr bietet, als das Reichstags-Wahlrecht, und nicht entfernt solchen politischen Bedenken unterliegt, wie dieses. Im Reiche mag es unter dem Schutze der Verfassung fortbestehen; aber auch das ist nur denkbar, wenn die Wahlsysteme der Bundesstaaten und namentlich Preußens ein gewisses Gegengewicht gegen dasselbe enthalten.“

Wir gratuliren den Herren zu dem „guten Gewissen“, zu welchem sie über Nacht gekommen sind; sie werden es nöthig, sehr nöthig haben. Im Uebrigen spricht die reaktionäre Beichte für sich selbst.

Das Volk muß zu Worte kommen auch in den Landtagen, und es ist angebracht, den Kampf für die Ausdehnung des allgemeinen gleichen geheimen Wahlrechts auf Preußen energisch zu führen und durch verständlich-verständliche Demonstrationen den Willen der Massen zu bekunden. Das Volk mag sich vorsehen. Wenn die Junker mit einer unbefürchtlichen Gebärde davon reden, daß das Reichstags-Wahlrecht „bestehen mag“, so sei dafür gesorgt, daß die Hochburgen des Zensus-Wahlrechts ins Wanken gerathen.

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

44

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Ihre Mitschülerinnen waren hoffnungslos weiblich. Unmöglich mit ihnen zu reden. Sie schenkte sie einmal auch alle von sich. Das Störthing hatte beschlossen, das Ministerium Selmer vor's Reichsgericht zu stellen; das Volk war in zwei Heerlager getheilt und die Leute des einen schalteten die Leute des anderen Verbrecher und Schurken; sogar in den Mädchenschulen sprach man von Politik; an Fanny wandte man sich einmal mit der Frage, ob sie glaube, daß irgend ein Westmänn nun, nach dem Reichsgerichtsbeschlusse, noch etwas anderes sein könne, als ein bewußter Schelm — Fanny war fürchterlich feig in dieser Zeit. Sie lebte von geborgtem Geld, und wenn sie da schließlich keinen Posten bekam! — aber diesmal würde sie böse und antwortete. Man konnte ebenso gut die Ehrenhaftigkeit der Leute anzuweisen, welche das norwegische Störthing mit schwedischen Baronetten bedrohten, meinte sie. Ihre Mitschülerinnen sammelten ihre Röcke um sich und liefen davon. Seither ging sie einsam inmitten der Schaar. Großer Gott, welche anständige Dame wünschte im Gespräch mit einer Anhängerin der Linken gesehen zu werden!

Obba Lehmann blieb nahezu ihr einziger Trost. Wenn das Dasein zu unerträglich ward, rettete sie sich zu Obba hinauf und trank Bodvber. Und die beiden Freundinnen halfen einander sich langweilen. Denn Obba langweilte sich auch.

Grausam, entsehrlich langweilte sie sich; ihre Verzweiflung konnte so heftig werden, daß Fanny darüber erschrak. Das Leben war eitel Lüge. Es gab absolut kein Glück. Für uns Frauen existirten nicht einmal Surrogate; die Männer behielten sogar die Kaffeehäuser für sich selbst; ganz abgerechnet davon, daß sie das Alleinrecht hatten, zu kokettieren. — Bessere Stellungen? — Weitans nicht. Was wir brauchten, war mehr Freiheit im Leben; aber wenn wir sie erhielten, so wagten wir sie feigen, elenden Unterochwesen nicht einmal sie zu gebrauchen; wir waren eben unmöglich! Drum war das ganze Emanzipationsgewäsch ein schredlicher Fehler; eine Frau vermochte das Leben absolut nicht auszuhalten, außer sie war dumm, erz, grunds, stocdumm; deshalb sollte sie lieber gar nichts lernen; sie sollte nur zum Haushier und zur Männin erzogen werden, und um sich wohl zu fühlen in all der Grauslichkeit, welche mit dem Verberathetsein zusammenhing; brrr! — O, welche Ungerechtigkeit von Gott, daß er einige Menschen zu Weibern machte! — Eines Abends nahm Obba aus ihrer Kommode einen kleinen Stahlblauen Gegenstand... um Gotteswillen... ein Revolver! —

„Uf!! Gott steh Dir bei, Kind; er ist doch wohl nicht geladen?“ — „Du prächtiger, lieber Freund“, schmeichelte Obba, „Du einzig treuer, Du einziger, der Rath weiß...“ — „Ist er geladen, frage ich?“ — „Ist doch, Fanny...“ — „schau Dir ihn an; ist er nicht herzig?“ — Sie legte ihn wieder weg. „Ja, natürlich ist er geladen; das ist ja gerade das Gute an ihm!“ —

Doch zu anderen Zeiten konnte Obba überströmend lustig sein. Und wenn die zwei Freundinnen bei guter Laune waren, so sagten sie einander, das Aergertlichste sei gerade, daß sie nicht lebensüberdrüssig waren; nur etwas mehr Unterhaltung, etwas mehr Freiheit... ein paar recht ge-

müthliche Menschen, mit denen sie sich belustigen konnten, tanzen konnten, schwätzen konnten; nur ein Bißchen mehr über die Schnur hauen, ein Bißchen mehr Bodvber trinken dürfen, nicht so entsehrlich gebunden sein durch Feigheit und Vorurtheile...

„Und wenn nur hier und da etwas voringe,“ sagte Fanny. „Weißt Du, ich wünschte fast, wir kriegten Revolution; da geschähe doch etwas!“ —

Es geschah Fanny etwas, früher, als sie sich's vorgestellt hatte. Eines Abends lehrte sie heim und war glücklich.

XX.

Gabriel Gram hatte Fanny all diese Jahre hindurch geplagt, erst als ein Räthsel, dann als ein böses Gewissen. Sie hatte ihm Unrecht gethan, und sie war dumm gewesen. Natürlich galt sie in seinen Augen für eine der dümmsten Gänse von Kristiania. Wenn er sie auf der Straße traf, grüßte er höflich, allein halb abwendend. „Die schuldige Achtung, Feäulein; aber ich bin mit Ihnen fertig!“ — O, und er, der gerade ein so sehr interessanter Mensch war!

Das Gespräch, welches durch ihre Dummheit damals abgebrochen worden, hätte sie nun Luft verspürt, fortzusetzen. Er hatte etwas gesagt, was sie damals nicht einmal anzuhören wagte; nun hätte sie viel darum gegeben, wenn sie es wüßte. Und so sollte er denn sein ganzes Leben lang glauben, daß sie dieselbe Gans noch immer sei, eine gewöhnliche Astenpost-Referin, bei welcher Verunst nicht angriff; uf, sie hätte sich zu Tode ärgern mögen. —

Da hatte sie ihn an einem Märzabend bei Mar-lusfen getroffen. Sie wurde ganz verwirrt, als sie ihn erblickte; zum Glück hatte sie heute das schwarze Kleid

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar.

In die gestrige Uebersicht der Reichstags-Verhandlungen hat sich ein Irrthum eingeschlichen, den der Leser auf Grund des dort abgedruckten § 105 i wohl schon selber bemerkt haben wird. Die Einfügung des § 105 g in den genannten Paragraphen bedeutet nicht, daß die „Wohlthaten“ dieses § 105 g den Kellnern u. z. zu Theil werden, sondern umgekehrt, daß sie ihnen nicht zu Theil werden sollen („keine Anwendung“ — finden).

In der heutigen Sitzung debattirte der Reichstag — wohl zur Feier seines Geburtstags — über Einführung der Arbeitsbücher. Unter der Flagge „Arbeiterchutz“ steuert die Majorität led und unverfroren ihr mit Kontrebande und Geschäften gegen die Rechte der Arbeiter vollgepfropftes Fahrzeug zu dem sie allein glücklich machenden Hafen des Unternehmervorteils. Auf der Kommandobrücke befand sich heute König Stumm, der Ober-Staatsanwalt aus Sachsen, Herr Hartmann, und der ultramontane Pfarrrer Winterer. Ihnen vor allem haben die Arbeiter es zu danken, daß heute die Einführung von Arbeitsbüchern eingeschmuggelt wurde als — Mittel zur Bekämpfung der „Büchertlosigkeit“ der Arbeiter! Es sollen Personen unter 21 Jahren fortan nur dann beschäftigt werden können als Arbeiter, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind.

Die Sozialdemokraten Wurm und Grillenberger legten trefflich, aber der geschlossenen Majorität gegenüber vergeblich dar, daß die Schmuggelwaare ein deutlich erkennbares Kampfs- und Ausnahmegefes sei, um den Arbeiter dem Unternehmertum gefügiger zu machen und ihn darin zu beschränken, sich bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Der Regierungsrath König versuchte unter Anderem zur besseren Schwachhaftmachung des Buchmittels für Arbeiter, der Arbeitsbücher, zu theoretisiren: ja, der Diebstahl besteht auch schon 2000 Jahre! Grillenberger erwiderte ihm sehr glücklich, daß das doch schlagend gegen die vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen spreche und daß es ja gegen den Diebstahl ein vorzügliches Mittel giebt: sobald der jezt gesetzlich garantierte Diebstahl aufhöre, sobald die sozialdemokratischen erstrebte Gesellschaftsordnung durchgeführt sein wird, ist der Diebstahl aus der Welt geschafft. Grillenberger hielt der Majorität vor, daß für den Fall der Beschränkung der gewerblichen Arbeiter durch Einführung des Arbeitsbuchs und durch die fernere Bestimmung, daß der Vater statt des noch nicht 21-jährigen Arbeiters den Lohn in Empfang nehmen solle, doch auch z. B. statuirte werden müßte: der Dienant unter 21 Jahren hat seinen Lohn an seinen Papa abzuführen. Half alles nichts. Und so hatte Grillenberger doch Recht, als er meinte, die Art der Gesetzesmacherei seitens der Majorität werde, wenn sie so wie sie arbeitet, fortfährt, in „Arbeiterchutz“ zu machen, von den Arbeitern als die einer Anzahl Fische erachtet werden, die über das Wohl von Pöhlern zu berathen vorgeben, indem sie die armen Pöhlner zu zausen und rupfen sucht.

Ju § 118 beantragt die sozialdemokratische Fraktion: „Den Arbeitgebern ist untersagt, das Zeugniß mit einem Merkmal zu versehen, welches den Zweck hat oder geeignet ist, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.“

In lebhafter, überzeugender Weise legte Abgeordneter Mollenkuhr dar, daß die geforderte Bestimmung notwendig ist, um dem Unfug der Verurtheilungen durch die Unternehmer ein Ende zu setzen. König v. Stumm verdiente sich durch seinen Hinweis darauf, daß die armen Unternehmer doch „aus Zufall“ einen Zinckenleg machen könnten und daß das ihnen nicht solle verwehrt werden, den Beinamen: Doloser Zinckenleg, und außerdem eine energische Abfertigung seitens des Abgeordneten Mollenkuhr. Das Vorgehen der Fabrikanten in Hamburg wurde bei dieser Gelegenheit von Mollenkuhr und Grillenberger gegenüber den Darlegungen des preussischen Geheimen Regierungsraths Bohmann und des Senators der kaiserlich deutschen Republik Hamburg in die richtige Beleuchtung gestellt. Die ausführlichere Besprechung dieses Hamburger Unternehmerübermuths wird bei der Verathung der Paragraphen 152, 153, 154 fortgesetzt werden. Sehr unglücklich

verließ der Versuch des nationalliberalen Möller, darzulegen, daß die Arbeiter, z. B. die Kohlenzeiger in Hamburg, „maßlose Ansprüche“ erheben. Mollenkuhr wies in so vernichtender Weise die thatsächlichen und moralischen Unrichtigkeiten des nationalliberalen Beschülers nach, daß dem Herrn wenig behaglich zu Muth wurde. Den Rest von Behaglichkeit raubte ihm und der übrigen Nichtmajorität der sozialdemokratische Abgeordnete Schwarz, der in einer das gesammte Haus in athemloser Spannung haltenden lebendigen, aus eigener Wahrnehmung geschöpften Rede das quak- und jammervolle Leben der Heizer und Trimmer schilderte und den Herren Möller und Genossen, die noch nie in solcher Schiffschölle zugebracht haben, das Recht absprach, die bescheidenen Forderungen der Heizer und Trimmer zu beurtheilen oder gar als maßlos zu bezeichnen. — Das neue Anti-Arbeiterkartell nahm trotz alledem die §§ 113, 114 nach der Fassung der Kommission an. Die Weiterberatung wurde dann auf Montag 1 Uhr vertagt.

Heute vor einem Jahr, am 20. Februar 1890, fand die denkwürdige Wahl statt, welche die Macht des Fürsten Bismarck und seines Kartells brach und die Bahn frei machte für eine gesündere Entwicklung unserer Verhältnisse. Die formelle Beseitigung des Fürsten Bismarck, dessen System und Person an jenem Tage von dem deutschen Volk gerichtet worden war, ergab sich als notwendige Konsequenz — und ebenso die Beseitigung des Sozialistengesetzes, das die Sozialdemokratie nicht hatte verhindern können, die stärkste und zahlreichste Partei des Deutschen Reiches zu werden.

Wir wollen uns nicht in weiteren Betrachtungen ergehen, des bedeutungsvollen Tages mußte aber gedacht werden. —

Ein Berliner Fortschrittsblatt, die „Freisinnige Zeitung“, bringt heute einen Leitartikel über „die Zerlegung der Kartellparteien“.

Daß die „Kartellparteien“ sich zerlegen, ist eine Thatsache, die sicherlich Niemand in Abrede stellen wird, und deren Eintreten unvermeidlich war, nachdem am 20. Febr. 1890 das Kartell „zerstümmert“ worden. Aber die „Freisinnige Zeitung“ hätte sich in ihrem Leitartikel nicht auf die „Kartellparteien“ beschränken sollen. Den anderen alten Parteien ergeht es um kein Haar breit besser; und in der Partei der „Freisinnigen Zeitung“ sind genau die nämlichen „zersehenden“ Elemente vorhanden und in Thätigkeit, wie in den Parteien des ehemaligen Kartells. Die „Freisinnige Zeitung“ braucht, falls sie hieran zweifeln sollte, nur die von dem fortschrittlichen Abgeordneten Gutfleisch, im Namen vieler seiner Parteigenossen unterzeichneten Anträge zum Arbeiterchutz-Gesetz anzusehen, und sie wird von ihren Zweifeln geheilt sein. Der Name des Fortschrittlers steht dort in brüderlicher Eintracht zusammen mit ultramontanen, konservativen, nationalliberalen und junkerspezifischen Namen. Es ist dies das „neue Kartell“, welches durch die Harmonie und Solidarität der kapitalistischen Interessen zusammengezwängt worden ist und welches uns die Zukunft der kapitalistischen Parteien erkennen läßt. Je mehr die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund treten, desto mehr wird das Trennende politischer Programme und Parteitraditionen verschwinden, bis zuletzt das allgemeine kapitalistische Kartell fertig ist. —

Das Resultat der Sonneberger Wahl ist noch nicht vollständig bekannt. Nach einem uns zugegangenen Privattelegramm erhielt Reichshaus (Soz.) 5848, Witte (freis.) 4563, Blum (natl.) 1512 Stimmen. Das Resultat aus dem Gamburger Land steht noch aus.

Die „Freisinnige Zeitung“ bindet ihren Lesern, aus Anlaß der Wahl in Sonneberg, das Märchen auf, daß über 50 sozialdemokratische Agitatoren und ein halbes Duzend sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete in den Wahlkreis gesandt und dort für den Kandidaten Reichshaus — das Richter'sche Blatt schreibt: Reichshaus, was wohl ein Witz sein soll — gewirkt haben sollen. Der Zweck dieser Plunkereien ist natürlich der, wenn schließlich der Schilling Richter's doch gewählt werden sollte, diesen Sieg als eine um so größere Niederlage der Sozialdemokratie erscheinen

zu lassen. Wenn freilich Herrn Richter seine zarte Fürsorge für die Erhaltung des Steuerprivilegiums der Aktiengesellschaften ihn nicht im Abgeordnetenhaus festgehalten hätte und er in den letzten Tagen Zeit gefunden hätte, sich auch um die Verhandlungen über den Arbeiterchutz im Reichstag zu kümmern, so würde er sich überzeugt haben, daß die sozialdemokratische Fraktion die ganze Zeit fast vollzählig am Plage gewesen ist, und sein Moniteur hätte dann die faustdicke Lage von dem halben Duzend sozialdemokratischen Abgeordneten, welche zur Wahltagitation gewesen sein sollen, sich erspart. In Wirklichkeit haben von unserer Seite nur die Abgeordneten Dock und Heine je einige Versammlungen in dem Kreise abgehalten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziös:

„Ein hiesiges Journal hat das Märchen erfunden, daß in dem am letzten Sonntage abgehaltenen Ministerrathe Maßnahmen erörtert worden seien, welche gegen die mit dem Namen des Fürsten v. Bismarck in Zusammenhang gebrachte Prethätigkeit in Anwendung zu bringen wären. In den mannigfachen Variationen, mit stellenweise geradezu grotesken Ausschmückungen, hat die Mär von diesen angeblichen Verschlüssen ihren Weg durch das In- und Ausland genommen. Selbst im Uebrigen recht ernsthafte Blätter haben unter dem Einflusse krankhafter Fiktionen ihre Spalten jener Gründung geöffnet, ja dieselbe sogar zur Grundlage tiefstimmiger Kombinationen und Kommentare gemacht.“

Wir sind in der Lage, auf das Bestimmteste zu versichern, daß in dem gedachten Ministerrathe vom Fürsten v. Bismarck und der eingangs erwähnten Prethätigkeit auch nicht mit einem Worte die Rede gewesen ist.“

Das Dementi ist zwar energisch gehalten, schließt aber nicht aus, daß in einem anderen, als dem „gedachten Ministerrathe“ ähnliche Verhandlungen, wie die dementirten, geführt wurden. —

Der „Berliner Börsen-Zeitung“, welche sich durch Unwissenheit in allen sozialpolitischen Fragen auszeichnet und dieselbe auch ohne Scham eingesteht, indem sie zugiebt, daß die als mustergiltig bekannte schweizerische Fabrik-Gesetzgebung ihr unbekannt ist, passirt das Pech, heute Folgendes zu veröffentlichen:

Die Sozialdemokraten führen bei den jetzigen Diskussionen über das Arbeiterchutz-Gesetz mit großer Vorliebe das Beispiel Frankreichs und der Schweiz an, indem sie darauf hinweisen, wie weit humaner in jenen republikanisch regierten Ländern der Arbeiterchutz gestaltet sei.“

Gleichzeitig mit der Morgenausgabe der „Berliner Börsen-Zeitung“ kam unser Blatt heraus, in dessen Leitartikel in der schärfsten Weise das französische Arbeiterrecht kritisiert wurde. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ scheint nicht zu wissen, daß wir stets betonen, daß die bürgerliche Republik ebenso wie die Monarchie ein Organ der Bourgeoisieklasse ist. Wir sind weit entfernt von der Liebe der sogenannten fortgeschrittenen Liberalen für die Republik, wir vertreten den Klassenstandpunkt des Proletariats ebenso scharf der Monarchie wie der Republik der Herren Carnot und Harrison gegenüber. Niemals haben wir die Arbeiterchutz-Politik Frankreichs als Muster hingestellt, während wir trotz ihrer Mängel die Arbeiterchutz-Gesetze zweier verschiedener Staaten wie der Schweiz und Oesterreich den deutschen Staatsmännern als nachahmenswerthes Muster empfahlen. —

In einem offenbar aus Friedrichshub stammenden Artikel bezeichnen die „Damb. Nachrichten“ als Grund der Vertheuerung der Lebensmittel die hohe ländliche Grundsteuer. Auch die Frage der Wohnung des armen Mannes habe sich durch die Besteuerung der Arbeiterhäuser auf dem platten Lande zu einer brennenden gestaltet.

Dies ist die alte verlogene Art der Bismarckischen Politik: allen denkbaren Ursachen, nur nicht den wirklichen, durch seine Politik hervorgerufenen die Schuld an den Missethänden im Deutschen Reiche zuzuschreiben. Die ländliche Grundsteuer und nicht die Getreidezölle sollen an der Vertheuerung der Lebensmittel die Schuld tragen. Wie wird diese neueste Friedrichshuber Offenbarung die Herzen der Agrarier erfreuen. Uebrigens erinnern wir uns noch ganz wohl, daß vor zirka 2 Jahren die bismarckisch-offiziösen Blätter die Vertheuerung der Lebensmittel überhaupt bestritten. Wer lügt, muß ein gutes Gedächtniß haben. —

an, das dichtanschließende, welches ihr so gut stand... Markusen stellte vor: „Gabriel Gram, mein Kollege im Ministerium; Fräulein Holmsen, eine der Freigeordneten.“

„Mein Kompliment!“ sagte Gram; sein gutes, braunes Auge lächelte ihr voll Bewunderung entgegen. „Nicht wahr, Sie sind es, Fräulein, die sich mit meinem Freund Has nicht verlobte, wie? Wo haben Sie nur die ganze Zeit über geirrt? — Has erzählte, Sie seien ihm zu gescheit geworden, und da dachte ich mir, ob ich es nicht probieren sollte; aber weg waren Sie!“ — Sie lachte vor Glück; ich meinte, Sie hätten schon beim erstenmal genug gehabt von meiner Dummheit!“ — „Gott mag wissen, wer von uns beiden damals der Dummere war!“ sagte er und zuckte die Achseln.

Er sah nun erwachsener aus; seine Züge waren bestimmter, seine Gestalt gedrungener. Sein Wesen war beherrscht, etwas müde; an den Augenwinkeln zeigten sich ein paar kleine, intelligente Falteln. Der Blick hatte etwas Resigniertes und Sinnendes bekommen; nur ab und zu bligte es drin auf wie in früheren Tagen. „Sie haben sich verändert!“ sprach sie. — „Ja“, versicherte er, „ich bin alt geworden. Wissen Sie, das macht das verdammte lustige Leben.“ — „Haben Sie denn so arg lustig gelebt?“ fragte sie.

— „Ich habe so lustig gelebt wie eine Bestie“, sagte er. — Es fiel ihr ein, daß ihm Damen nicht gefielen, welche lachten; trotzdem lachte sie; er war zu komisch. Wie er kannte sie ihn wieder! Immer die gleiche unbedachte Unrichtigkeit...

Markus Olivarius hegte den Wunsch, von Politik zu reden; was hielt Fräulein Holmsen vom Urtheil des Reichsgerichts? — „Es war eine Enttäuschung“, sprach Fanny; „denken Sie sich, diesen Schlingel mit einfacher Abfertigung durchschlüpfen zu lassen!“ — „Sie hätten ihn wohl Todesstrafe gewünscht?“ — „O, zum mindesten!“ — „Ach!! ha! ha! ha!“ — „Was meinen Sie damit?“ fragte Gram ein wenig neugierig; er kümmerte sich übrigens nicht viel um Politik; Fanny erzählte; u! das konnte sie gewiß nicht erklären! — „Ich meine nicht gerade für das absolute

Beto“, sagte sie; „da müßt ihr Juristen ja besser verstehen; aber mich dünkt, sie müßten bestraft werden, sie wie alle, die an dem Bestehenden festhalten!“ — „Ah! ha! ha!“ — Gram betrachtete sie aufmerksam — „Ja, auf diese Prämissen hin wäre ich bereit, ein Minister zum Tode zu verurtheilen!“

Stad. phil. Dagmar Dyring kam; nach dem Essen setzte man sich an den Loddytisch. Dagmar und Gram geriethen gleich in Disput; Dagmar wurde von Helge unterstützt; Markusen war Mittelpartei; Fanny saß in einem Schankstuhl, zurückgelehnt, mit halbgeschlossenen Augen und schaute Gram an; es war merkwürdig, wie gut sie ihn kannte. Sie hatte ihn immer geliebt. Unter allen Menschen der Welt war eigentlich er der einzige, den sie kannte! — Ein Gefühl der Sicherheit überkam sie; sie wollte hier sein. Sie wollte hier bleiben. Ueberall sonst war es langweilig; hier aber fand sie Ruhe. Sie wollte nirgends anderswohin; das war eine merkwürdige Empfindung.

Gott, wie war er überlegen! Dagmar machte die äußersten Anstrengungen; sie kam aber nicht auf. Sie rückte mit all ihrem alten Gerede in's Feld; Fanny wußte das schon lang auswendig; er that ihr Einhalt, indem er etwas Neues, Unerwartetes sagte, etwas, das die Sache größer und tiefer gestaltete und das vielleicht ihr Recht gab, jedoch auf andere Art, als sie es wollte; nur manches Mal stachelten ihre Worte ihn auf und er wurde zornig. Dann klang sein Dialekt so kindisch und lächerlich.

Er verstand alles und entschuldigte alles; er stellte keine Forderungen, sondern erklärte. „Die Menschen können sich nicht wie Mänchhausen am eigenen Haare aus dem Sumpf ziehen.“ — Aber Herrgott, Fräulein, man muß doch nicht gleich zu Grunde gehen, weil man mit den Dingen sich einrichtet, welche man nicht ändern kann... Was that das Weib, welches in die Wolfshube verhielt? Sie nahm es vernünftig, zum Rudel hinein, und arrangierte sich mit den Bestien; aber darum wurde sie ja doch kein Wolf! All ihr modernen Moralisten seid so ganz ohne Humor! Das ist dieser schottische Pfaffe, der immer noch umgeht und spult, dieser Satansburische, der eher seinen Rücken opferte, als sich

ergab... na, der da droben zwischen den Gletschern endete und unter einer Lavine einen so dramatischen Tod fand... „Brand“, ja! Keine Spur von Ironie; pu-h! bloß Gaudium! — Heroismus; sehr großartig, ohne Zweifel, aber höllisch schwachköpfig... Man wird ja doch die Welt verstehen, in der man lebt! Wer selbst fünfzehn Stedenperde geritten hat, kann darüber mitreden. Vor ein paar Jahren zum Beispiel wollte ich nicht heirathen, weil ich einen schwächlichen Onkel hatte; das neueste Dogma ist nämlich die Erblichkeit; wenn ein Mann mit Brillen herumgeht, so wird sein Sohn mit einer Vornette geboren; also mochten zwei junge verliebte Menschen zwischen den Gletschern sterben, wenn's beliebt, weil der mögliche Erbe möglicher Weise verrückt werden konnte; Gott behüte! Diesen Satz vertheidigte ich ebenso eifrig, wie Sie ihn nun vertheidigen... Ich war ein trefflicher Erasmus Montanus... Aber im Lauf der Jahre habe ich mich durch die und jenes hindurch disputirt, und nun sage ich so: es ist wahrhaftig ganz möglich, daß die Erde rund sei; wenn aber irgend eine Elisabeth existirte, die mir einen Fuß geben wollte, wenn ich schwüre, die Erde sei flach, so würde ich schwören: „sie ist, hol' mich der Teufel, so flach wie ein Pfannkuchen!“ — „Ah!! ha! ha! ha!“ Allgemeines Gelächter.

Fanny sah eine Würde von ihren Schultern genommen und Steine von ihrer Brust gewälzt; sie war also selbst „ohne Humor“ und übertrieben gemessen. Eine schöne Illusion hatte sie und da: es that weh; aber nachher wurde es um so viel heller. Gram imponirte ihr durch seine Ironie; aber diese Ironie löste sich in ein wehmüthiges Versehen auf, das sie gefangen nahm. Zum erstenmal aus Erden fand sie ihr Ich in einem Andern Wort... bald schlug er durch Wildheit sie in Bande, bald stieß sie sein Geiße ab so scharf und kalt, wie Meeresthau, angelockt von hellem Strande, von starrer Felsenbrust zurückprallt... (Fortf. folgt.)

\* G a u s t a d. Ironenstalt bei Rissianta.  
\*\*) Erasmus Montanus. Geld eines Stückes von Falbergs ein Bauernschmied, der voll Gelehrtenbänkel aus Kopenhagen kommt und mit allen über jegliches disputirt. Er behauptet u. a. die Erde sei rund und giebt lieber seine Brand Elisabeth als seine Meinung auf.



**Theater.**  
 Sonnabend, den 21. Februar.  
 Opernhaus. Carmen.  
 Schauspielhaus. Der neue Herr.  
 Lessing-Theater. Das Gnadenbrot.  
 Fortuna.  
 Berliner Theater. Ein Freund der Frauen.  
 Deutsches Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Vogelhändler.  
 Wallner-Theater. Miß Helgott.  
 Residenz-Theater. Der selige Loup.  
 Viktoria-Theater. Die sieben Raben.  
 Belle Alliance-Theater. Pension Schöller.  
 Abend-Theater. Brot.  
 Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.  
 Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Circus Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Platz.  
 Sonnabend, den 21. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Gala-Vorstellung**  
 mit vorzüglichem aus 10 der besten Repertoire-Nummern bestehenden Progr.  
**Circus unter Wasser.**  
 Zum 1. Male:  
**Die Marionetten**  
 oder:  
 Täuschungen in ein. Damen-Pensionat.  
 Große komische, equestrische **Wasser-Pantomime**  
 in 2 Aufteilungen, arrang. vom Dir. G. Schumann.  
**Vollständig neue Heberausführung.**  
 Natürl. Wasser. Natürl. Ruderboote.  
 G. Triumph d. Nachahmung d. Natürl.  
 150 Sonnen überfluthen in 1 Minute die Planee.  
 Spezialität: Die Wassersymphon.  
 Sonntag: 2 Vorstell. Nachm. 3 1/2 und Abends 7 1/2 Uhr. — In beiden Vorstellungen: **Circus unter Wasser.**

**Englischer Garten.**  
 Direction: C. Andress, Alexanderstraße 27c.  
**Margarethe Steinow,** Siedersängerin.  
**Paul Jölich,** Gesangshumorist.  
**Mr. Goswin,** Musik. Neger-Clown.  
**Fri. Sonné,** Kostüm-Soubrette.  
**Gebr. Corradini,** Tanz-Duettsisten.  
**Mons. Bernard,** Schnellzeichner.  
 Anfang Hochentags 8 Uhr.  
 Sonntag: 8 Uhr.  
 Entree Hochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direction A. Hödmann.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausschank von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert**  
 mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor D. Sanftleben.  
 Wochentags: **Frei-Concert.**  
 Sonntags Entree 20 Pf.  
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 8 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 F. Sadtke.

**Passage-Panopticum.**  
 Unter d. Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.**  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
 Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.  
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Reisterhandlung** [109L]  
 empfiehlt Karle, Waldemarstr. 66.

Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß mein Mann, der Gutmacher **Robert Brüger**, am 19. ds. Nachs 2 1/2 Uhr, nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle der St. Markus-Gemeinde (Wilhelmberg) aus statt.  
 589b Wwe. Krüger nebst Kindern.

**Metallbüsten**  
 von 477b  
**Lassalle, Marx u. A.**  
 in sauberer Ausführung, 11 Zoll hoch, sind zu haben bei **Otto Goepel**, Eisenr., Josephstr. 9.

**Alle Uhren**  
 werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler**,  
 Berlin N., Reintendendorferstr. 2g, gegenüber der Dankes-Kirche. [20L] Lager aller Arten Uhren, Uhrketten.

Allen Genossen empfiehlt sein Lager von **Filz- und Seidenhüten** m. Arbeiter-Kontrollmarke, sowie Mägen in allen Genres.  
**C. Polvogt**,  
 Frobenstraße Nr. 12, Ecke Säulowstraße.

**Mehl-Handlung**  
**L. Brachvogel**, Mantuffelstr. 75.  
 Gebr. Kaffee's, vorzügl. im Geschmack, tägl. frisch, a Pfd. 1,40 und 1,60 M.; Kaffee von Jungh sel. Wwe. 1,70 M. Mohlkaffee's in sehr preiswerthen Qualitäten a Pfd. 1,20, 1,30 und 1,35 M. Ich führe auch eine ausgezeichnete, hochfeine Tafelbutter a Pfd. 1,20 M. 209L

**Martin Klein**,  
 43 L. Uhrmacher,  
 25 Neue Hochstr. 25  
 empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**  
 Reparaturen zu soliden Preisen.

Marken u. quittiren von 51 L  
**Partei-Beiträgen**  
 empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller**, Schkenditz-Leipzig.  
 Preisliste gratis und franko.

**Mehlhandlung**  
 Stand 231. Markthalle 231.  
 Quadowerstraße.  
 Kaiser-Ausgabe-Mehl Pfd. 20, 5 Pfd. 0,90  
 Ia Weizen 18,5 0,80  
 IIa 15,5 0,75  
 sowie alle anderen Mehl- u. Vorkostwaaren reell und billig.  
 Um geneigten Zuspruch bittet  
 179L F. Horlemann.

**Rohtabak A. Goldschmidt**,  
 Spandauerbrücke 8,  
 am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert sicher brennende Cigake.**  
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 8, am Gack'schen Markt. [746]

**Knaben-Anzüge, Mädchen-Mäntel,**  
 haltbare Stoffe, solide Preise, empfehle ich allen Genossen 208L  
**Mantuffelstraße 43,**  
 Ecke Stalitzerstraße. **Pleiss.**

**!!Auf!!**  
 sonniger Vergeshöhe gereifte **Apfelsinen**,  
 wirklich süße, dünnchalige, rotbe Früchte, **à Stück nur 3 Pf.**,  
 empfiehlt, wie im Vorjahre, das Apfelsinen-Versand-Geschäft **M. Wypler, Alte Jakobstr. 52**  
 in der Ecke (Laden),  
 zwischen Stallschreiber- u. Sebastianstr.  
 Täglich frische Sendungen  
**Meßina - Blut - Apfelsinen.**  
 Adresse aufbewahren! 176L

**Kinderwagen.** Das gr. Lager Berlins  
 Andreasstr. 23, S. P.  
**Albrecht's Bäckerei**,  
 Wrangelstr. 8 und Langestr. 26,  
 liefert das größte Brot für 50 Pf. [117L] 206L

Anstich am 21. Februar 1891. **Berliner Original-Bockbier** Anstich am 21. Februar 1891.  
**Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.**

Vom 21. Februar cr. versenden wir an Privat-Kunden unser „Berliner Original-Bockbier“ in kleinen Gebinden und Flaschen die 1/3 Tonne zu Mt. 4,50, 1/4 Tonne Mt. 9,—, 1/2 Tonne Mt. 18,—, 1 Tonne Mt. 36,—. „Berliner Original-Bockbier“ in Flaschen (nur echt mit in die Flaschen eingelasenen 2 Böden!) liefern wir 20 Flaschen für 3 Mark frei Haus. Pfand wird nicht berechnet, die Flaschen bleiben unser Eigenthum und sind nicht veräußerlich.

**Nach außerhalb** liefern wir das „Berliner Original-Bockbier“ in gleichen Gebinden und zu gleichen Preisen wie oben und in Kisten à 50 Flaschen (inklusive Pfand Mt. 12,50 frei Bahnhof hier gegen Nachnahme. Bei freier Rücksendung zahlen wir 5 Mt. Pfand für Kiste und Flaschen zurück.  
 Plakate sind nur echt Berliner Bockbrauerei, SW., Tempelhofer Berg.  
 mit unserer Firma: Telephon-Anschluß: Amt VI Nr. 4419.

Zur Feier des Anstichs 1891 am Sonnabend, den 21. Februar bei großem Eröffnung-Concert, ausgeführt vom Musikcorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments (Königin von England) unter Leitung des Herrn Voigt

in den festlich decorirten Sälen **Alt-Berlin auf dem Bock!** Humoristisch historische Rück-Erinnerung.  
**Anfang 5 Uhr.**

Sonntag: **Grosses Doppel-Concert**, ausgeführt von dem Musik-Corps des 1. Garde-Dragoon-Regiments und des 4. Garde-Regiments zu Fuß. Anfang 4 Uhr. 198L

**Gräflich Reischach'sche Brauerei.**  
 Berlin-Stralau.  
 Der Ausstoß unseres **Bock-Bieres** (II. Bock-Saison)  
 beginnt Sonnabend, den 21. Februar. Bestellungen in Flaschen und Gebinden werden rechtzeitig erbeten. Telephon Rummelsburg No. 11. 213L



**G. Scharnow's**  
 Alteste und anerkannt leistungsfähigste **Uhren-Fabrik**  
 En gros Berlin S., Export  
 Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz,  
 besteht seit 1860. Auef. beste Wegzugquelle.  
 Nickel-Remontoir-Uhren von 10-15 M.  
 Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an  
 Goldene Damen-Uhren v. 20 M. an  
 do. Ancre-Herren-Remontoir-Uhren v. 50 M. an  
 Regulateure v. 8 M. an  
 do. in polirtem Nussbaum-Gehäuse, ca. 1 Mtr. lang. 14 Tage gehend v. 14 M. an  
 Feder-Uhren in verschied. Mustern v. 3,50 M. an  
 Bitte genau auf die alte Firma: **Oranienstrasse 152** zu achten. 71 L

**Cohn's Hosenfabrik!**  
 Pallisadenstr. 7. Größte Ausw. im Detailverkauf Berlins! Aus Kestern gearbeitete einzelne Hosen in allen Größen. Knaben-Hosen v. 1 M., Männerhosen v. 1,50 M. u. Knaben-Anzüge v. 2 M. an. Burschen- u. Einsegnungs-Anzüge, elegant, spottbillig! 210L

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn**,  
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**  
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
**C. Wunsch**, Mauernstr. 38, u. d. Oranienplatz.

Den Genossen halte ich meine **Masken-Garderobe** bei Bedarf best. empfohlen. Größte Auswahl. Bill. Preise. Vereinen Preisermäßig.  
**Fr. Panknin**,  
 Oranienstraße 178,  
 Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

**F. Stenzel's**  
 Elegante Masken-Garderobe,  
 118 Dresdener-Strasse 118,  
 empfiehlt sich den Lesern des „Vorwärts“ zu billigsten Preisen. 111

**Nur 1 Mark.**  
 Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafproceß. Einziehung von Forderungen. **Pollak**,  
 jetzt Hauptstr. 7, 1. Auch Sonntags.

**Gardinen-Reste**  
 zu 1-4 Pfst. voll. spottb. in d. Fabrik  
**Grüner Weg 80, part.**  
 Eingang vom Platz. [216 L]

Zur Einsegnung  
 schwarze Cachemire  
 gestricke und gemusterte Stoffe zu billigen Preisen.  
**P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.**

**Hüte**  
 mit Kontrollmarke  
**L. Spiegel**, Rosenthalerstr. 45.  
 152 Schönhauser Allee 152  
 15 keine Wohnungen. 161L  
 Etage u. Küche. — 2 Stuben u. Küche.  
 Hierzu zwei Zeilagen.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Benthstraße 3.

In zweiter Auflage erschien soeben:  
**Die Bestrebungen der Sozialdemokratie**  
 beleuchtet vom  
**Irr-Sinn Eugen Richter's.**  
 4 1/2 Bogen 8°. Preis elegant broschirt 25 Pfennige.  
 Wir empfehlen diese gegen die bekannte Richter'sche Schrift „Die Irrlehren der Sozialdemokratie“ gerichtete Broschüre den Parteigenossen im Reich zur ausgedehntesten Verbreitung, besonders in indifferenten und gegnerischen Kreisen. Sie bietet erschöpfendes, überzeugendes Material zur Widerlegung der Richter'schen Irrlehren und wird als solches für öffentliche Volksversammlungen mit obigem Thema erspriechliche Dienste leisten. Hinter dem Richter'schen Nachwerk steht die Bourgeoisie, der brutale Kapitalismus, der durch seine Mittel daselbe im ganzen Reich kostenlos vertheilen läßt.  
 Zeigen wir ihm, daß wir am Plage und bestrebt sind, die wahre Erkenntnis über unsere Bestrebungen bis in den dunkelsten Winkel Deutschlands bringen zu lassen.  
**Für Parthiebezüge hohen Rabatt.**

**Hugo Björstad, Cigarren-Import**,  
 SW., Bergmannstr. 26 (am Marheinekeplatz), 587 b  
 empfiehlt allen Freunden und Bekannten sein Cigarren-, Cigaretten- und Tabak-Lager in vorzüglichen Qualitäten und zu den billigsten Preisen.

**Möbel a. Theilz. Hugo Lewent, Lothringerstr. 75.**  
**Nur Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarke**  
 führt das Hutgeschäft von **Gustav Knaake**,  
 Andreasstr. 24.  
 Allen Westfalen u. Freunden d. rothen Erde empfehle täglich frisch eintreffend: Pökelfleisch u. Rippchen a Pfd. 45 Pf. sowie sämtl. Wurst- u. Fleischwaaren zum billigsten Preise 211L  
 Westfäl. Fleisch-Fabrik u. Niederlage,  
 43 Linden-Strasse 43,  
 vis-à-vis der Zimmerstraße.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung vom 20. Februar. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Voelticher, von Berlepsch, Lohmann.

Die zweite Berathung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle (Arbeiter-Schutzgesetz) wird fortgesetzt.

Die Debatte steht bei § 107; §§ 107—114 enthalten die Vorschriften betreffend das Arbeitsbuch.

§ 107 schreibt nach der Kommissionsfassung vor, daß minderjährige Personen als Arbeiter nur beschäftigt werden dürfen, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Der Arbeitgeber hat bei der Annahme solcher Arbeiter das Buch einzufordern, hat es zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder auszuhandeln. Die Auswägung erfolgt an den Vater oder Vormund, wenn diese es verlangen oder der Arbeiter das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, andernfalls an den Arbeiter selbst. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde kann die Auswägung auch an die Mutter oder einen sonstigen Angehörigen erfolgen.

Die Sozialdemokraten (Abgeordneter Kuer und Genossen) wollen das Arbeitsbuch nur für die Arbeiter unter 16 Jahren, die Abgeordneten Gutsleisch, Böhme, Girsch, Krause, Schmidt (Eberfeld) und Wöllmer nur für Arbeiter unter 18 Jahren vorschreiben.

Die Abgg. Winterer (Elsässer) und Schädler (S.) wollen dem § 107 einen Absatz hinzufügen, wonach der Arbeitgeber von der erfolgten Kündigung vor der Lösung des Arbeitsverhältnisses den Vater und Vormund zu benachrichtigen hat, sofern derselbe im Orte wohnt.

Abg. Girsch (Dfr.): Die Institution der Arbeitsbücher ist in der heutigen Allgemeinheit nicht sehr alt. Bis 1878 kannten wir Arbeitsbücher nur für Fabrikarbeiter unter 16 Jahren. Die Bevormundung der Arbeiter über 18 Jahren findet sich in der Fabrikgesetzgebung anderer Länder sehr selten. Auch wir hatten dafür, daß die Scheidung zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern richtig am Punkte der Vollendung des 18. Lebensjahres vorgenommen wird und haben deshalb beantragt, die Pflicht zur Führung eines Arbeitsbuchs nur für die Arbeiter von unter 18 Jahren vorzuschreiben. Wir verkennen nicht die Wichtigkeit und Berechtigung der Forderung, daß man die elterliche Autorität stärken und Alles thun müsse, um dem heranwachsenden Geschlecht die Achtung vor den Eltern, vor Sitte und Gesetz einzupflanzen. Andererseits aber sprechen sich die Arbeitgeber selbst größtentheils für die Befreiung der über 18 Jahre alten Arbeiter von der Pflicht zur Führung eines Arbeitsbuchs aus. So gut als wir die Eltern schützen wollen, müssen wir auch darauf bedacht sein, der Ausbeutung der Kinder durch gewissenlose Eltern vorzubeugen. Gegen die Tendenz des Antrages Winterer ist nichts zu sagen; er ist aber unnötig und tritt überdies aus dem Rahmen des § 107 heraus. Es liegt in ihm eine schwere Belastung der Unternehmer und sein Nutzen wird kaum erheblich sein. Der Kontraktbruch ist eingetreten trotz der gerühmten Anknüpfungsklausel; selbst diese haben sich als ohnmächtig erwiesen. Nicht auf Zwirnsäden dürfen wir uns stützen, wenn wir wirklich vorbeugend tätig sein wollen, sondern auf das Gesetz und die freie Organisation. Ein solcher Zwirnsaden würde der Antrag Winterer sein.

Abg. Winterer: Eine wirkliche Sozialreform ist nicht möglich, wenn nicht das Familienverhältnis in den Arbeiterkreisen gebessert wird. Jedes Mittel muß uns recht sein, welches diesem Verfall entgegenzutreten geeignet scheint. Von diesem Standpunkt wollen Sie unseren Antrag beurtheilen. Die Arbeiter-Schutz-Novelle will die elterliche Autorität stärken. Die Industrie hat dieser Autorität bis jetzt keine Rechnung getragen. Sie hat den jugendlichen Arbeiter behandelt, wie wenn eine väterliche Autorität überhaupt nicht existierte; sie zahlt ihn aus und entläßt ihn, ohne sich um den Vater zu kümmern. Diese Selbständigkeit hat zu einer Unabhängigkeit des jugendlichen Arbeiters geführt, die die bedauerlichsten Zustände hervorgerufen hat. Mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit werden die Arbeitsverhältnisse gelöst! Das Arbeitsbuch, wie wir es bis jetzt hatten, war in dieser Hinsicht vollkommen wirkungslos, eben weil das Buch die väterliche Autorität nicht kennt, weil der jugendliche Arbeiter zu jeder Zeit kündigen kann und das Buch ohne Wissen der Eltern fordern kann. Sie versallen dem Straßen-, dem Baggabundenleben, ohne daß die Familie diesem Unheil steuern kann. Namentlich in den Gegenden der Grenze sind diese Erscheinungen an der Tagesordnung. So in Elsas-Lothringen. Nach den 14 Tagen der Kündigung verschwinden die jugendlichen Arbeiter, die Eltern erfahren davon nicht das Mindeste; Jahre vergehen und verschollen sind zahlreiche Angehörige der Arbeiterfamilien. Da muß Remede ein- treten. Der richtige Standpunkt ist der, den unser Antrag vertritt. Es ist die größte Sünde der Kapitalistischen Produktion gewesen, daß sie die Familie ignoriert hat. Wie aber will der Vater mitwirken bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses, wenn er von der Kündigung nichts weiß? Da besteht eine Lücke, die unser Antrag ausfüllt. Wir verkennen aber das Gewicht der Gegengründe nicht und ziehen für heute den Antrag zurück. Bis Gegenstände hoffen wir eine geeignete Form für die Lösung dieser sehr ersten Frage gefunden zu haben.

Abg. v. Stumm (Rp.) beklagt die von dem Abg. Girsch entwickelte Anschauung, daß die geeignete Grenze für die Scheidung zwischen erwachsenen und nicht erwachsenen Arbeitern bei dem 18. Jahre zu suchen sei. Es handle sich nicht um die körperliche, sondern um die geistige Reife des Arbeiters, darum, wie lange er im allgemeinen Interesse bevormundet werden müsse, und diese geistige Reife werde entschieden erst bei 21 Jahren erreicht. Allerdings habe das Arbeitsbuch bis jetzt die gewünschte Wirkung nicht gehabt. Die jetzigen Vorschläge der Vorlage, denen die Kommission angegeschlossen habe, seien ja aber gerade bestimmt, den größeren Schutz des Arbeiters und damit den wirklichen Einfluss des Arbeitsbuchs zu ermöglichen. Der Antrag Winterer würde ganz unannehmbar sein und ohne Zweck eine Menge Schreierei und Schererei hervorrufen. Auch würde durch eine Anstellung minderjähriger Arbeiter überhaupt sehr erschwert werden. Redner empfiehlt die Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Wurm (Soz.): Wir sehen in dem Arbeitsbuch nur den Ausdruck Ihres Wunsches, den Arbeiter recht lange in einem Ausnahmezustand zu stellen. Als 1791 das bürgerliche mobile Kapital durch die gewaltige Revolution in Frankreich sich dieselben Rechte errang, die das immobile schon früher besaß, da sicherte es sich auch dieselben Privilegien, und man ersand damals in Frankreich das Arbeitsbuch, das allerdings im vorigen Jahre dort wieder abgeschafft ist, während wir es in verschärfter Form wieder einführen. Das Arbeitsbuch soll nicht nur die elterliche Autorität stärken, sondern das ausgesprochene Werkzeug sein, um den Arbeiter bis zum 21. Jahre dem Unternehmer gefügig zu machen. Das wird auch von der Regierung nicht geleugnet; denn in den Motiven steht, daß durch das Arbeitsbuch die allzu große Bewegungsfreiheit der minderjährigen Arbeiter eingedämmt werden soll; und es wird auf die Arbeiterkreise und die Unbequemlichkeit hingewiesen, daß die jugendlichen Arbeiter

bringen konnten. Der jugendliche Arbeiter bis zum 21. Jahre wird durch das Arbeitsbuch völlig abhängig, und das ist weiter nichts als der alte Pöbelzwang, welcher längst abgeschafft ist. Die Regierung hat 1872 anerkannt, daß das Arbeitsbuch zu einer Art von Leibeigenschaft führe. Der Klassenhaß der Arbeiter wird durch das Arbeitsbuch gefestigt herausgefordert. Früher sollte der Arbeiter für die Zeit seines Lebens durch das Arbeitsbuch unter Polizeiaufsicht gestellt werden. Jetzt soll es nur bis zum 21. Jahre gelten. Das ist ebenso ein Unrecht und die Arbeiter haben uns oft beauftragt, dagegen aufzutreten. Bis zu 16 Jahren geht nur der Schutz des jugendlichen Arbeiters gegen das Unternehmertum und die Willkür der Arbeitgeber. Aber den Unternehmer schützt man gegen den Arbeiter bis zum 21. Jahre. Das ist die Gleichberechtigung der arbeitenden Klassen mit anderen, von der in den kaiserlichen Erlassen des vorigen Jahres gesprochen wird! Ist denn die „goldene“ Jugend bis zu 21 Jahren in ihrer Vertragsfreiheit beschränkt! Sagen Sie da, daß die Zuchtlosigkeit und Sittenlosigkeit so jugendlichen hat, daß man von Staatswegen eingreifen müsse? Unsere ganze sittliche Ordnung läßt überhaupt recht viel zu wünschen übrig. Den jugendlichen Arbeiter bringen aber lediglich die wirtschaftlichen Verhältnisse dahin, wenn er das Böse nicht vom Guten unterscheiden kann. Daher wollen die Arbeitgeber, wie der Abg. v. Stumm, den Arbeitern nicht einmal die Möglichkeit geben, sich durch Zeitungstaktiken und andere Mittel weiter zu entwickeln. Wenn gleichzeitig die Familie dadurch zerstört wird, daß Vater und Mutter in die Fabrik gehen und die Kinder auf der Straße liegen, dann wollen Sie dem Arbeiter, der durch die Verhältnisse so weit kommt, Sie noch dafür bestrafen, daß er so weit kommt! Sie wollen dem Arbeiter einen Zwang auferlegen, der seine Rechte schmälert und ihm die Möglichkeit nimmt, die Freizügigkeit auszunutzen, die doch gesetzlich gewährleistet ist. Wie kann dann die elterliche Autorität durch das Arbeitsbuch so wunderbar gestärkt werden! Die Eltern befinden sich oft in Abhängigkeit von den Kindern, welche ihnen Kostgeld bezahlen. Wenn die wirtschaftliche Noth den Vater zum Sklaven des Sohnes macht, kann der Vater dem Sohn auch nicht entgegen treten. Das Arbeitsbuch soll verhindern, daß die Arbeiter sich monatlang auf der Straße herumtreiben. Soll es etwa das so sehr ersehnte „Recht auf Arbeit“ verwirklichen? Die Arbeiter laufen nicht aus Uebermuth auf der Straße herum, sondern aus Mangel an Arbeit. Wenn der Vater oder Vormund oder die Mutter das Recht erhalten, die Auswägung des Arbeitslohnes zu verlangen, so müssen schließlich auch Strafen eingeführt werden, um diese Bestimmungen wirksam zu machen. Dadurch wird der Ortsgewerkschaft zum Vertreter der elterlichen Autorität und zur Stütze dieser schönen christlichen Weltordnung. Damit erreichen Sie nicht die Jüngerung der Arbeiter. Es liegt Ihnen freilich nichts daran, denn Sie glauben einen Rückhalt an Ihrer Macht zu haben, besonders in den ländlichen Bezirken. Aber ganz von selbst wird auch das Bedürfnis des ländlichen Arbeiters erwachen, mehr Rechte zu bekommen. Sie schützen den Arbeiter so, daß er schließlich sagen muß: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ Er wird Sie nur als seine Feinde betrachten; denn seine Bewegungsfreiheit und sein Koalitionsrecht hemmen Sie. Sie zwingen ihn, auf dem auch uns nicht sympathischen Wege der Streiks seine Forderung durchzusetzen. Wir sagen durchaus nicht, wie die Herren Freijüngern, daß der Streik ein Panacee sei. Das Arbeitsbuch hat nur so lange einen Sinn, als der Arbeiter selbst davon Nutzen hat, so lange also der Staat verpflichtet ist, den jugendlichen Arbeiter vor Unrecht zu schützen. Wird dafür die Grenze auf 16 Jahre festgesetzt, so darf auch das Arbeitsbuch nicht länger gelten; dann kann es zum Segen gereichen. Wenn Sie den Arbeiter bis zum 21. Jahre in Ihrer Gewalt behalten, so erreichen Sie nur, daß das Vertrauen zu Ihnen immer mehr schwindet. Wenn Sie wirklich eine Veröhnung und Frieden mit den Arbeitern wollen, so schaffen Sie etwas Anderes als ein Ausnahmegesetz.

Abg. Rath König: Es ist eine Schattenseite unserer Großindustrie, daß die jugendlichen Arbeiter zu früh zur wirtschaftlichen Selbständigkeit gelangen. Aus diesem Grunde hat man 1878 die Arbeitsbücher eingeführt, und wir haben keine Veranlassung, mit den bisherigen Bestimmungen dieser Einrichtungen unzufrieden zu sein. Es wird aber ohne eine Verschärfung nicht weiter auskommen sein, wenn das Ziel, die Stärkung der elterlichen Autorität, erreicht werden soll. Aus diesem Grunde ist der Vorschlag der verbündeten Regierungen entsprungen, den die Kommission angenommen hat.

Abg. Hartmann (Df.): Wir haben unsere früheren Anträge auf Ausdehnung der Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern bei dieser Gelegenheit nicht wiederholt, weil wir keine Veranlassung zu weitgehenden prinzipiellen Auseinandersetzungen geben wollen, und deshalb habe ich keine Ursache, auf die allgemeinen Ausführungen des Abg. Wurm zu antworten. Wenn aber Herr Wurm zugiebt, daß die Arbeitsbücher für Arbeiter bis zum 18. Jahre nützlich und heilsam sind, warum sind sie dann plötzlich schädlich für die Arbeiter von 16 bis 21 Jahren? Was dem jugendlichen Arbeiter an Bewegungsfähigkeit genommen wird, wird ihm nicht nur genommen zu seinem eigenen Wohl, sondern um übertragen zu werden auf denjenigen, der sein bester Freund auf Erden ist, auf seinen Vater, der gleichfalls Arbeiter ist. Allerdings ist mit den jetzt bestehenden verschiedenen Altersgrenzen für die minderjährigen Arbeiter ein sehr unannehmliches Pantieren. Aber für die reaktionären Bestrebungen der Herren Girsch und Wurm ist nicht das geringste thätliche Material beigebracht worden.

Abg. Wöllmer (Dfr.): Wir verkennen nicht, daß eine gewisse Abschmähung der elterlichen Autorität eingetreten ist, aber nicht bloß bei den Arbeitern, sondern bei der vornehmen Jugend. Die Motive geben zu, daß durch die Bestimmungen von 1878 den hervorgetretenen Missethätigen ohne ausreichenden Erfolg zu steuern versucht worden ist. Die vorgeschlagene Abhilfe, eine Verschärfung, geht zu den alten Methoden, die wir ja zur Gewohnheit kennen. Damit ist nichts gethan; mit solcher Beweisführung hat man uns hier im Hause 12 Jahre hindurch abgesehen, wenn es sich um die Verlängerung des Ausnahmegesetzes handelte. Aus unserem Antrage eine Art von Sympathie zu folgern für die Einrichtung der Arbeitsbücher, wäre irrig. Wir wollen nur den Weg zeigen, wie wir aus der seit zwölf Jahren beliebten Rückwärtsentwicklung der Gewerbe-Ordnung wieder herauskommen könnten. Man darf hier auch nicht den Begriff der bürgerlichen und der gewerblichen Mündigkeit verwechseln. Letztere ist bei den Arbeitern scheinlich mit 18 Jahren erreicht, während das bei Mitgliedern anderer Gesellschaftsklassen in diesem Alter noch nicht der Fall zu sein braucht. Herr Winterer hat ganz richtig gefaßt, daß trotz aller dieser wohlmeinenden Absichten der Regierung noch eine Lücke bleibt. Herr v. Stumm hat sich aber gegen die Art der Lösung erklärt. Ueber diese Schwierigkeit läßt man sich mit der Annahme unseres Antrages hinweg. Oekonomisch muß die beschriebene Vereinfachung der Bewegungsfreiheit des jugendlichen Arbeiters als verwerflich erscheinen. Die Selbstständigkeit gewaltsam fördern wollen, wo die natürlichen Vorbedingungen für die Entwicklung der Industrien nicht vorhanden sind, das kann nur hemmend und störend auf die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens ein-

wirken. Lassen Sie daher die Beschränkung nur für die Arbeiter unter 18 Jahren gelten! Der Kampf um's Dasein wird von Tag zu Tag intensiver. Das Individuum muß zu diesem Kampf gestärkt werden, ihm die möglichst größte Beweglichkeit, auch den Minderjährigen und Jugendlichen, gegeben werden.

Abg. Grisekuberg (Soz.): Die hier vorgeschlagenen Bestimmungen laufen lediglich darauf hinaus, den Arbeiter darin zu beschränken, sich bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Auch wir billigen Streiks nur im äußersten Nothfalle. Aber selbst für diesen äußersten Nothfall dürfen solche Beschränkungen nicht angenommen werden. Die Logik des Regierungsvortretters ist dieselbe, die beim seligen Sozialistengesetz zur Anwendung kam. Unser Kollege v. Puttkamer, damals königlich preussischer Polizeiminister, hat mir erklärt, daß das Sozialistengesetz nicht gewirkt habe, und deshalb müsse es verlängert werden. Der Diebstahl, wie er heute als strafwürdig angesehen wird, würde sofort überlässig werden, sobald der gesetzlich garantierte Diebstahl heute aufgehoben würde, sobald nicht mehr einzelnen Personen und Gesellschaftsklassen gestattet würde, die große Masse des Volkes zu bestehlen. Ich gebe zu, daß das noch in sehr weiter Ferne liegt, aber man könnte es in einige Nähe rücken, wenn man nicht fortgesetzt derartige beschränkende Maßregeln machen wollte, die die Freizügigkeit der Arbeiter steigern muß. An der allzu frühen Selbständigkeit der Arbeiter ist lediglich die jetzige Produktionsweise schuld, und Sie dürfen die Opfer dieser Produktionsweise nicht dafür bluten lassen. Allerdings leben die Studenten von ihren Eltern, aber was sie da beziehen, repräsentiert meistens ganze Vermögen, sie verfügen vollständig selbständig über den Wechsel und ich hätte einmal das Gesicht von Herrn Hartmann sehen wollen, als er noch junger Student war, wenn ihn der Herr Papa kein Taschengeld oder keinen Wechsel geschickt hätte. Herr Hartmann hatte damals auch noch nicht die sittliche und wirtschaftliche Reife, die er bei den jugendlichen Arbeitern für nötig hält. Ferner: die Herren Deputierten verfügen schon mit 17—18 Jahren über ein Einkommen. Sobald Sie ein Gesetz machen, wodurch für Studenten ein Arbeitsbuch eingeführt wird, welches sie zwingt, die Kollegien regelmäßig zu besuchen, und wodurch die Deputierten gezwungen werden, ihre Löhne an den Herrn Papa abzuführen, werden wir für diese Bestimmungen eintreten, früher nicht. Daran, daß man schon mit 18 Jahren König werden kann, will ich gar nicht erinnern, daran ist nicht zu rütteln. Charakteristisch ist, daß Herr Hartmann es schon für eine große Zurückhaltung hält, wenn seine Freunde ihren Antrag wegen der obligatorischen Arbeitsbücher für alle Arbeiter nicht erneuert haben. Der Vater kann nicht immer der beste Freund seines Sohnes sein. Denken Sie nur an den Fall, wo Vater und Sohn in zwei verschiedenen Fabriken arbeiten. In der einen Fabrik bricht wegen unerhörter Herabdrückung der Löhne ein Streik aus, an dem der Sohn theilnehmen möchte. Beide Fabrikanten sind gute Freunde. Wird man nicht den Vater dazu bewegen, seinen Sohn von jenem Streik fernzuhalten? Daß Herr Hartmann unseren Antrag als einen reaktionären bezeichnet hat, verdient im „Klabberath“ verewigt zu werden. Die Stimmung der Arbeiterkreise über die Ablehnung aller unserer Anträge findet in einem sächsischen Arbeiterblatt ihren Ausdruck, in welchem der Reichstag mit einer Versammlung von Jähnerologen verglichen wird, die sich über das Wohl der Arbeiter berathen. Wenn Sie so fortfahren, dann dürfen Sie sich über dieses zweifelhafte Kompliment nicht beklagen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Kuer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei, der Antrag Gutsleisch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Freijüngern und des national. Abg. Weislingen abgelehnt, § 107 unverändert angenommen; desgleichen ohne Debatte die §§ 108—112, die über Auswägung, Inhalt und Behandlung des Arbeitsbuchs Vorschriften geben und gegen die bestehende Gewerbe-Ordnung nur unwesentlich (namentlich in Folge der Ergänzung des § 107) verändert sind.

Nach § 113 können die Arbeiter beim Abgang ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, welches auf Verlangen der Arbeiter auf Führung und Leistungen ausgedehnt werden kann. Den Arbeitgebern ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen. (Der letzte Satz ist Zusatz der Kommission.) Ist der Arbeiter minderjährig, so kann das Zeugnis von dem Vater oder Vormund gefordert werden; auf ihr Verlangen muß es ihnen selbst ausgehändigt werden.

Dem von der Kommission beschlossenen Zusatz beantragen die Abgg. Kuer und Genossen folgende Fassung zu geben: „Den Arbeitgebern ist untersagt, das Zeugnis mit einem Merkmale zu versehen, welches den Zweck hat oder geeignet ist, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.“

Abg. Mollenhake (Sozialdemokrat): Die Arbeitszeugnisse bieten gar keine Gewähr dafür, daß ihr Besizer in seinem Grade auch wirklich etwas leisten kann, sondern nur dafür, daß er in dieser Branche beschäftigt war; in Amerika zum Beispiel wird kein Arbeitgeber auf Zeugnisse Werth legen, aber bei uns hat man sich daran gewöhnt, und jeder Gewerkschaftler verlangt ja heute von einem Arbeiter, den er wandern trifft, zuerst die Vorgeigung der Arbeitszeugnisse. Wenn nun die Zeugnisse nur unnütz wären, so würden wir gegen diesen Paragraphen nichts einzuwenden haben, aber sie sind schädlich, denn sie werden zu geheimen Merkmalen gebraucht. Dadurch werden die Arbeiter zu Transporten ihrer eigenen Verurtheilungen. Nun sind ja Bemerkungen im Zeugnis, die solche Kennzeichnung bezwecken, bei Strafe verboten, aber es giebt noch genug Mittel, Verurtheilungen hineinzubringen, die, indem sie andere Zwecke erfüllen, doch geeignet sind, zu Verurtheilungen zu dienen, z. B. eigenartige Färbung des Papiers, die Art des Abstempels, das Unterstreichen gewisser Worte, die Art des Abschreibens, das Unterstreichen als solche Mittel. Um dem zu steuern, bitten wir Sie, unseren Antrag anzunehmen. Einem Drechsler aus der Altmark, welcher Vorsitzender eines Streikausschusses war, gelang es weder in der Altmark, noch sonstwo in Deutschland Arbeit zu bekommen — auf diese Weise machen die Arbeitgeber vermöge ihrer immer weiter sich ausdehnenden Verbindungen die Arbeiter zu willenlosen Maschinen. Ich habe eine solche schwarze Liste, auf denen die Namen von solchen in Verurtheilung erklärten Arbeitern standen, selbst in der Hand gehabt. Hamburger Arbeitgeber haben in einem Vertrag die Bestimmung, daß Arbeiter, die gestreift haben oder die ausgeschlossen sind, nicht beschäftigt werden dürfen. Nun sind auch in diesem Paragraphen wieder Bestimmungen über jugendliche Arbeiter vorhanden, und sie werden mit dem Streben mitwirkt, bessere Zucht unter die jugendlichen Arbeiter zu verbreiten; die Motive führen an, daß gerade jugendliche Arbeiter sich durch unnütziges Besuchen von Wirtschaften und frühzeitige Gerathen hervorheben, ohne daß sie andere Einnahmequellen haben, als ihren Arbeitslohn; aber die Regierung verfuhrte es, statistische Angaben über die Zahl der Gerathen jugendlicher Arbeiter zu machen, wozu sie doch in der Lage war; übrigens hat auch der ältere Arbeiter keine anderen Einnahmequellen, als seinen Arbeitslohn, und wenn der Arbeiter nicht früher heirathen soll, als wenn er noch andere Einnahmequellen besitzt, so verbieten Sie damit den Lohnarbeitern überhaupt das Heirathen. In den

Motiven wird auch auf die Zahl der jugendlichen Arbeiter hingewiesen, die sich an der Streikbewegung der Bergarbeiter beteiligten, und bemerkt, daß 11 pCt. aller streikenden Bergarbeiter jugendliche waren; aber nach einer anderen Statistik betrug die Zahl der jugendlichen Bergarbeiter 23 pCt. aller Bergleute. Das Verhältnis der Streikenden ist also gar nicht so unangünstig. Will man die Kinder-jährigen vom Streik ganz ausschließen, so bringt man sie in eine Lage, welche für ihre weitere Entwicklung die schädlichsten Folgen haben kann; durch den letzten Absatz des Kommissionsantrages bringen Sie den minderjährigen Arbeiter, dessen Vater ihn nicht an einem Streik teilnehmen lassen will, der aber selbst den Streik für unerschließlich hält, in eine Lage, die den Familienfrieden nicht fördert, sondern die noch mehr Unfrieden in den Familien schafft und Verbitterung und Haß hervorruft. Man kann doch schließlich nicht mehr von der Ansicht ausgehen, daß jeder Streik ungerecht und unbegründet ist! Mit solchen Vorurteilen, wie sie der letzte Passus des Kommissionsantrages enthält, treiben Sie eine große Zahl der jugendlichen Arbeiter ins Ausland, bedenken Sie die Wirkung des Gesetzes, und um diese schädlichen Wirkungen zu vermeiden, bitten wir Sie, den letzten Satz zu streichen und den von uns beantragten Zusatz anzunehmen.

Abg. v. Stamm vertritt die Fassung der Kommission. Der Vorredner sei darauf aus, auch die Ausschließung von Arbeitbüchern oder Arbeitsscheinern seitens der Unternehmerverbände oder anderer Vereinigungen als eine solche verbotene Kennzeichnung der Zeugnisse zu erklären. Es müsse doch den Arbeitgebern das Recht zustehen, bei Annahme der Arbeiter zu prüfen, wer nach ihrer Ansicht der Bessere und Tüchtigere sei. Der Zufall sei überdies gerade von den Sozialdemokraten inhaltlich genau übereinstimmend mit der Kommissionsfassung beantragt worden. Wer die Stärkung der elterlichen Autorität will, muß auch den letzten Absatz wollen.

Ob. Rath Königs erklärt sich im Anschluß an die Ausführungen des Abg. v. Stamm gegen den Antrag Auer.

Abg. Viehl: Gerade die Ausführungen der Arbeiter durch die Massenstreiks haben zur Bildung dieser Arbeitgeberverbände, wie des Hamburger, geführt, über welche sich jetzt der Abg. Mollenhuth beklagt.

Abg. Mollenhuth: Wenn auf einem Entlassungsschein zufällige Linienflecke sich befinden, muß man doch auf den Gedanken kommen, daß diese Linienflecke absichtlich angebracht sind, wenn der neue Arbeitgeber, sobald er der Rede ansichtig wird, dem Arbeiter keine Arbeit giebt. Für solche Fälle ist mein Antrag bestimmt. Man muß doch bedenken, daß durchschnittlich die Gesetze etwas anders gehandhabt werden, wenn es sich um einen Arbeiter oder einen Arbeitgeber handelt. (Unruhe.) Wenn der Hamburger Arbeitgeber-Verband ausgenutzt werden soll, die einzelnen Arbeiter dem Hungertode zu überliefern (Oho! und Murren), durch Hunger sie zu zwingen, gesetzliche Rechte aufzugeben, dann muß eine gesetzliche Vorschrift diese Schändlichkeiten verhindern.

Ob. Rath Lohmann protestirt gegen die Ausführungen des Abg. Mollenhuth, betreffend die verschiedenen Handhabung der Gesetze, sobald es sich um Arbeiter und Arbeitgeber handelt.

Abg. Viehl: Im ganzen Hause hat sich Entrüstung geäußert, wenn bekannt wurde, daß man den Arbeitern nicht das Nötigste zum Leben giebt. Ich habe gesagt, die maßlosen Ausschreitungen der Arbeiter haben in Hamburg die Veranlassung zu der Gründung des Verbandes gegeben. War es nicht eine maßlose Ausschreitung, wenn die Arbeiter den Arbeitern zumutheten, keiner Innung beizutreten und ihre eigene Werkstatt während der Frühstückszeit nicht zu betreten?

Abg. v. Schalscha: Viele Arbeiter sprechen auch ihrerseits über die maßlosen Ausschreitungen ihren Genossen, welche dadurch viele andere Arbeiter aus dem Brot bringen.

Hamburger Senator Burchard erklärt, daß die Hamburger Streiks in Szene gesetzt werden, um die Launeister zu bestrafen, weil sie sich der Feier des 1. Mai widersetzt hätten. Nicht um die Ausübung einer günstigen Konjunktur handelte es sich. Die Löhne in Hamburg sind die höchsten, welche überhaupt in Deutschland gezahlt werden. In dieser Beziehung hat Herr Mollenhuth thatsächlich Unrichtiges Ihnen berichtet.

Abg. Grillenberger: Die jetzige Fassung des Paragraphen ist eine Verschlechterung des in der ersten Lesung angenommenen Beschlusses. Unser Antrag will sie wieder ausgleichen. Gehm-rath Lohmann ging auf die Verhältnisse der Hamburger Arbeitgeberverbände nicht ein, weil er darüber nicht unterrichtet sei. Bei allen Anschuldigungen über Lässigkeit der Staatsbehörden ist die Regierung regelmäßig nicht unterrichtet; gegenüber angeblichen Ausschreitungen der Arbeiter dagegen haben die Herren ihr Portefeuille immer voll Material. (Heiterkeit.) Die Arbeitgeber, die nach ihrem Status ausdrücklich eine Abänderung der Gesetzgebung bezwecken, dürfen mit einander in Verbindung treten; thun dies die Fachvereine, so wird sofort eingeschritten. Ich verweise Sie auf die Maurerprojekte in Berlin, die Gewerkschaftsprozesse in Magdeburg; in Königsberg ist sogar jüngst eine Anzahl von Vereinsvorständen bestraft worden, weil sie sich zu einer Fahnenweihe zusammengethan hatten. Wenn Sie das bestrafen, muß man auch gegen die Arbeitgeberverbände vorgehen. Die Vereinbarung der Arbeitgeber zu dem Zweck, der ebenfalls im Statut angegeben ist, am Streik beteiligte Arbeiter nicht mehr in Arbeit zu nehmen, ist ein direkter Verstoß gegen die Gewerbe-Ordnung, welche die Koalitionsfreiheit gewährt. Der erste Streik in Hamburg ist ausgebrochen, weil die Unternehmer erklärt hatten, jeder am 1. Mai Feierte werden bis zum 5. Mai nicht in Arbeit genommen werden. Die Höhe der Löhne, mit der sich der Vertreter der verbündeten Regierungen so „dicke“ gethan hat, ist nicht vorhanden. Die Löhne bedeuten für Hamburg keine hohe Lebenshaltung, weil die Lebensmittel seit dem Zolltarif bedeutend verteuert sind. Herrn v. Schalscha bemerke ich, daß mal in ganz Deutschland gesammelt werden mußte, um die Schlesier vor Hungernöth zu schützen. Im Regierungsbezirk Oppeln beträgt die große Mehrheit der Löhne unter 300 Mark. Wenn dort eine Arbeiterkorporation sich bemüht, das Arbeiter-einkommen auf 600 Mark zu normiren, wird das gleich für eine maßlose Ausschreitung erklärt. Was Herr Viehl über die Forderung der Hamburger Arbeiter sagt, daß die Arbeitgeber nicht mehr Innungen angehören und die Werkstätten während der Frühstücks- und Mittagspausen nicht betreten dürfen, ist unwar und hier im Hause schon oft widerlegt worden. Was jüngst in bayerischen Blättern über die eigene Geschäftsführung des Herrn Viehl verbreitet wurde, kann auch nur als maßlose Herabwürdigung der Löhne und Verklärung vertragmäßig ausgemachter Löhne bezeichnet werden.

Präsident v. Levetzow rügt diesen Ausdruck.

Ich gebe zu, daß das etwas stark ist, aber bei Herrn Viehl sind solche Mittel nöthig.

Abg. Müller: Die Forderung der Arbeiter in Hamburg ist denn doch wenigstens in einzelnen Gewerben in der That als maßlos zu bezeichnen, wie die Geschichte des Fei-zerstreiks beweist.

Abg. Mollenhuth: Die Ansicht, das Zeugnis zu kennzeichnen, kann vorliegen, ohne daß es gelingen würde, diese Ansicht nachzuweisen. Weil der „Bremer Lohd“ seine Leute schlechter bezahlt, als es in Hamburg der Fall ist, darum soll es maßlos sein, wenn die Hamburger Feizer und Kohlenheizer eine Verringerung ihrer jämmerlichen Löhne anstrebten!

Abg. Schwarz (Soz.): Ich spreche dem Abg. Müller vollkommen das Recht ab, über die Verhältnisse der Hamburger Feizer und Trimmer zu sprechen. Erst müssen Sie die Sache selbst durchgemacht haben (Heiterkeit), ehe Sie darüber urtheilen. Die Hamburger Feizer und Trimmer haben Feuerfäße von 60

bezw. 75 M. nur für die über den atlantischen Ocean gehenden Fahrten normirt, für die Dampfschiffe auf der Nord- und Ostsee jedoch diese Feuerfäße nicht. Die Hamburger Feizer und Trimmer haben durchaus keine maßlosen Forderungen gestellt, die Sätze sind für die transatlantischen Dampfer sogar noch viel zu niedrig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Feizer brauchen auf diesen Fahrten viel größere Auslagen, selbst die Seife liefert ihnen die arme Direccion nicht. Die Arbeiter anderer Industrien würden für diesen Satz ein-mal arbeiten. (Präsident v. Levetzow ersucht den Redner zu § 113 zu sprechen.) Dann wird sich später Gelegenheit finden, darüber mehr zu sagen.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Viehl: Wenn Herr Grillenberger glaubt, daß irgend ein Angriff, der auf mich erhoben worden ist, wahr sein muß, weil er in einer Zeitung enthalten hat, so bewundere ich die Naivität des Abg. Grillenberger, der selbst Verleger einer Zeitung ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Grillenberger: Der betreffende Fall ist im größten Theil der bayerischen Presse verhandelt worden.

Die sachliche Auseinandersetzung, welche Abgeordneter Grillenberger hieran anknüpft, wird vom Präsidenten nicht zugelassen.

§ 113 wird unter Ablehnung des Antrags Auer unverändert angenommen, ebenso § 114 ohne Debatte.

Um 4 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der Berathung auf Montag, 1 Uhr, verlag.

## Lokales.

**Zum Kapitel der „Arbeiterfürsorge“.** Die höchste Arbeiter-tugend ist bekanntlich das „Sparen“, deshalb sind die Herren Kapitalisten bestrebt, diese Tugend auszubilden und „ihre“ Arbeiter zum Sparen anzuhalten. In ergötzlicher Weise sucht das „Verl. Tagbl.“ für das „Neufache Sparsystem“ Reklame zu machen, indem es einen Artikel vom Stapel läßt, aus dem zu ersehen ist, daß in den Zigarrenfabriken von F. F. Neufach, Berlin und Köpenick (Zugabe F. M. Dettling) ein „sehr nachahmens-werthes Sparsystem“ eingeführt ist, derart, daß jeder Arbeiter von dem in einem Jahre verdienten Lohn zehn Prozent gutgeschrieben erhält bis zur Höhe von 100 M.; diese Prämie kann erhöht, aber auch gespart werden und wird dann mit fünf Prozent ver-zinst. Wer bis zu 300 M. ansparen läßt, erhält noch ein Prämie von 30 M., bis zu 1000 M. aber 140 M. (Großartig!) Die Prämie betrug für das Jahr 1890 über 7000 M. und es hatte, wie das „Verl. Tagbl.“ erzählt, nach den Versicherungen der Arbeiter zu den Inspektoren den An-schein, als wollten die Arbeiter sich die Prämie anschauen lassen, wodurch aber der Zweck der Einrichtung verfehlt gewesen wäre. (.) — Den Zweck des „Sparsystems“ erfahren wir aus folgendem: „Die Erfahrung hatte Herr Dettling gelehrt, daß Arbeiter, die etwas Kapital besitzen, auch die ordentlichsten (.) gutgeschultesten (.) und brauchbarsten (.) sind (d. h. die aus Furcht, ihr bisheriges „Gespartes“ zu verlieren eventuell außer Arbeit zu kommen, nicht „mußten“ (.) und da es darauf ankam (.), durch das Sparsystem die Arbeiter zu solchen und zu kleinen Kapital-isten (.) zu machen, so versammelte Herr Dettling seine Arbeiter um sich und machte sie darauf aufmerksam, wie anders sie als Familienväter dastehen würden, wenn sie ein Kapital von 1000 M. und darüber das ihrige nennen (o über solche väterliche Für-sorge (.), wie sie dann sorgenfrei in die Zukunft blicken (.) würden, während sie sonst meist der Armenpflege anheim fielen (.) (Warum? Weil die Arbeiter zu ärmlich leben und alles vergeuden, oder weil der Arbeitslohn in einem zu minimalen Verhältniß steht zu dem „Entbehrungslohn“ der Unternehmer?) Die Leute würden nach der warmen Ansprache ihres Chefs bald anderen Sinnes, zumal ihnen Herr Dettling darauf ein Sparfassenbuch überreichte, in welches die Prämie eines jeden Arbeiters zur Ver-zinsung eingetragen war (Sparfasse und 5 pCt.) und ihnen Freit gab, zu überlegen, ob sie das gute Werk durch Sparsamkeit unterstützen wollten oder nicht (d. h. die Fabrik verlassen?). Zur Beugung (.) des Herrn Dettling konnte er bereits anderen Tages konstatiren, daß über drei Viertel der Arbeiter das ganze Kapital stehen ließen und die, welche bereits vorher über einen Theil des zu erwartenden Geldes verfügt hatten, sich ent-schuldigten (.) und versprochen, für die Folge auch sparsamer zu leben (.) und die ganze Prämie sparen zu wollen: einige baten sogar um möglichen Abzug (.), um die 100 M. bald wieder zu erreichen, andere aber brachten sogar noch ihre Privat-Ersparnisse zur Einlage (.), sodas Herr Dettling sich bereit erklärte, diese auch mit 10 pCt. bei 300 M. zu prämiriren. — Die Ab-hängigkeit der Arbeiter von ihren „Brotherren“ ist zu bekant, als daß dergleichen Vorkommen, wie sie hier geschildert — die Glaubwürdigkeit derselben vorausgesetzt —, für einen „Akt der freien Willensäußerung“ gehalten werden könnten, denn es ist nicht anzunehmen, daß sich denkende Arbeiter freiwillig durch der-artige „Sparsysteme“ locken lassen, die lediglich im Interesse der Unternehmer liegen, welche sich durch dieselben „ordentliche“, „gutgeschulte“ und „brauchbare“ Arbeiter züchten wollen, d. h. dieselben noch abhängiger von sich zu machen suchen, als dies an und für sich schon der Fall ist. Die denkenden Arbeiter wissen sehr wohl, daß die „Prämie“ nur ein Trinkgeld bedeuten gegen-über dem Mehrerwerb ihrer Arbeit, der in die Taschen der Unter-nehmer fließt. Deshalb verlangen denkende Arbeiter auch nicht nach solchen ihnen aufstrotzenden „Sparsystemen“, sondern nach dem vollen Entgelt ihrer Arbeit; dann würden sie sorgenfrei in die Zukunft blicken können und nicht, wie heute, der Armenpflege zur Last fallen!

**Ein richtiges und rechtes Kapitalistenbath.** Das Zentral-organ für die Textilindustrie, welches hier in Berlin das Licht der Welt erblickt, beschäftigt sich in letzter Zeit unausgesetzt mit der „Begehrtheit“ der Arbeiter und verbreitet sich häufig in langen Vorträgen über die sogenannte Arbeiter-„Schutz“-Gesetzgebung, diese oder wenigstens das Körnchen wirklichen Arbeiter-schutzes scheint dem Staate ziemlich schwer im Magen zu liegen. So schreibt es:

... Diese Herren, die selbstverständlich den besten Willen haben — schade nur, daß ihrem Willen die Einsicht nicht ent-spricht —, haben wohl selten eine Ahnung davon, daß heutzutage nicht mehr der Fabrikant die Arbeiter behandeln kann, sondern daß letztere ihren Arbeitgeber behandeln.

Wer laßt da? Das ist fürwahr die neueste Entdeckung, welche auch nur dem Gehirn eines vom Kapitalisteninteresse voll-ständig in Beschlag genommenen Menschen entspringen konnte. Angesichts des Nothstandes unter den Kapitalisten — wesentlich werden die Herren Fortenbeck und Konsorten den-selben nicht auch wieder durch Majoritätsbeschluß weglegen — sollte es nicht Wunder nehmen, wenn die Sklaven Arbeit „geber“ sich zu „freien“ Herren, zu Lohnarbeitern, machten. Armer „König“ Stamm!

... Ein Verlassen der Arbeit ohne Kündigung ist nach und nach in Arbeiterkreisen immer mehr üblich geworden, und wenn es, wie bei Streiks, alle Arbeiter einer Fabrik auf einmal thun, dann soll die gemeinschaftliche Nothverletzung Vielen, sogar die unerlaubte Handlung der Einzelnen zu einer erlaubten Humpela. So wenigstens sagen die sogenannten Arbeiter-führer“ den ihnen blindlings folgenden Leuten. Diejenigen, welche noch nicht allen Sinn für das gleiche Recht beider Theile (.) verloren haben, werden doch einsehen müssen, daß die Fabrikanten das gleiche Recht, also Entlassung ohne Kündi-gung haben müssen, wenn ihnen die Löhne zu hoch sind. (.) Solche Zustände kann nur ein Anarchist wollen. —

Wirklich es wird immer klarer, daß ein Unterneh-mer-schutz eine brennende Frage geworden ist! Obige Forderung

wäre auf den ersten Augenblick mit der Devise „gleiches Recht für Alle“ geeignet als eine demokratische zu erscheinen. Unsere Leser glauben wir auf das demagogische, das in den obigen Sätzen liegt, nicht erst verweisen zu brauchen. Wie es mit dem ungleichen Recht zu Ungunsten der Unternehmer angeht, ungleichen Recht, bestellt ist, erhebt uns dem, daß in zahlreichen Fabriken laut Kontrakt des „freien“ Arbeiters mit dem „unfreien“ Fabrikanten dem letzteren das Recht zusteht, den ersteren sofort zu entlassen, während der letztere die durch die Gewerbe-Ordnung bedingte Kündigungsfrist einhalten muß.

Weiter ergeht das Blatt sich dann in Wünschen bezüglich der Bestrafung und Verhinderung des sogenannten Kontrakt-bruches, natürlich nur sobald dies von den Arbeitern geschieht. Es wünscht, daß die Vertreter der „Ordnungsparteien“ dahin wirken mögen, daß dem armen Unternehmer das Recht zustehe, einen wesentlichen Theil des Lohnes als Kaution einzubehalten. Dies die alte Forderung unserer Schlotjunker! Aber nicht allein zum Schutz gegen Ausländer, sondern auch für sonstige Ent-schädigungen soll die Kaution da sein. Da würde dem „freien“ Arbeiter keine Kaution wohl bald mittelst der samosen Straf-gelder verschwinden.

... Man wende nicht ein, daß hierdurch den Arbeitern das Koalitionsrecht verkleinert und ein Streik unmöglich ge-macht werde. Die meisten Streiks sind doch bisher nicht plötzlich ausgebrochen und viertägige Lieberlegung würde für die Ver-ständigung beider Theile nützlich sein.

Das leuchtet ein, inwiefern könnte der Fabrikant sich neues Arbeitsmaterial, neue „Hände“ beschaffen — schade nur, daß wir noch keinen Zonentarif haben, dann wären die Kulis aus dem Osten in Kürze und ohne sonderlichen Kostenaufwand herbeige-holt — und der andere Theil der Arbeiter? Je nun, der hat ja auch unterdessen Zeit, nach anderer Arbeitsgelegenheit zu suchen. Ein probates Mittelchen!

**Der Verkauf von sinnigem Fleische auf dem Viehhohe.** welcher bereits vielfach Gegenstand öffentlicher Erörterung und leghin in der Stadtverordneten-Versammlung einer Interpellation des Magistrats seitens des Stadtverordneten Singer gewesen ist, wurde, wie es scheint, bisher etwas einseitig behandelt, und zwar nur vom hygienischen und ästhetischen Standpunkte aus. Ange-nommen auch, daß die vom hygienischen Standpunkte aus er-hobenen Einwendungen durch die Ausführungen des Stadtrath Hübner, daß die getroffenen Vorsichtsmaßregeln jede Gefahr einer Gesundheitschädigung ausschließen müssen, indem durch den „Koch’schen Ofen“ jede Finne getödtet und das Fleisch dadurch appetitlich und gesund werde, widerlegt seien, so werden sicher-lich aber die ästhetischen Bedenken nicht beseitigt durch die Bekundung des Stadtrath Hübner, daß er selbst auch mit Appetit davon gegessen habe. Die Gesandten sind eben verschieden! Doch das nur nebenbei! Jetzt kommt aber die „Deutsche Gastwirth-Zeitung“ daher und gewinnt die Angelegenheit eine ganz neue Seite ab. Das Fachblatt zeigt sich zwar sehr erfreut darüber, daß der Magistrat, nach den Erklä-rungen seines Vertreters, neben seinen vielen Wohlthätigkeits-Einrichtungen für die ärmere Bevölkerung in dem ursprünglich (.) sinnigen Fleische ein neues Mittel gefunden hat, den Armen die Noth ein wenig zu erleichtern (.). Doch drängt sich ihr dabei ein etwas indiskrete Frage auf — die ganze Sache von einem ganz anderen Standpunkte aus beleuchtet —, warum dieses nun ge-sunde Fleische nicht auf öffentlichem Markt verkauft wird; ferner die andere, wodurch die Käufer, wenn es eben nur an Arme ab-gegeben wird, diese ihre „Armut“ beweisen? Unbedingte kann der Magistrat, so folgert die „Deutsche Gastwirth-Zeitung“, billiger nur verkaufen, wenn das einem Kochverfahren unterworfenen Fleische Lon s i z i r t e s ist, und fragt nun etwas neugierig: In welcher Weise wird man nun dem ehemaligen Besitzer gerecht, der doch weiß, daß sein konfiszirtes Fleische, wenn auch zu billigerem Preise nutzbar gemacht wird? Das Fachblatt giebt sich der Hoffnung hin, daß diese Fragen sicher in der einen oder der anderen Art ihre Beantwortung finden werden und es wolle so wünschen, daß diese Hoffnung sich nicht als eine trügerische erweise. — Welche schönen Aussichten sich uns übrigens noch eröffnen, das ergibt sich aus einem Artikel, den Herr Dr. Fertig, Direktor der händischen Fleischschau in Berlin, in der „Zeitschr. f. Fleisch- und Milch-Hygiene“ veröffentlicht und in dem es u. A. heißt: „Zu-nächst wird in Berlin das Kochen nur von sinnigem Fleische vor-sich gehen; es darf aber angenommen werden, daß die händischen Behörden in Uebereinstimmung mit den Ergebnissen der wifen-schaftlichen Untersuchungen auch das Kochen und Verarbeiten anderer Fleisches als Nahrungsmittel für Menschen gestatten werden, sobald festgestellt ist, daß diejenigen Eigenschaften des Fleisches, welche dessen Verkauf in rohem Zustande nicht ge-statten, durch den Kochprozeß beseitigt werden.“ — So sind wir auf dem besten Wege, die Abbederei in eine Garküche umgewandelt werden zu sehen! Profit Wahlheit!

**Ein Kapitel zur „freien Konkurrenz“.** Die bekannte, vor ca. 1 1/2 Jahren im „Berliner Volksblatt“ wegen ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ vielbesprochenen Firma Poeser und Wolff betreibt in Berlin in mehr als fünfzig Geschäften einen schwun-gigen Zigarrenhandel. Es ist bekant, daß die Firma in der lebenswürdigsten Weise den Eigenthümern von Gehäusen die Läden zu fast unerschwinglich schmeibenden Preisen abmiethet. —

Vor einem Jahre wagte ein junger irredemmer Kaufmann, der bis dahin jahrelang eine Filiale besagter Firma führte, einen solchen Geladen (Karl- und Friedrichstraßen-Gasse) zu mietzen und sich zum Kerger der Kapitalisten darin zu etabliren. Das Ge-schäft ging gut, da die Lage vorzüglich war. Der Inhaber hatte sich durch jahrelange Kontrakte sicher geglaubt. Da kommt das Hand unter Subhastation und ein Vetter erksignanter Firma erhebt das Haus und ohne Weiteres wird der Ladenbesitzer ge-ländigt. Poeser und Wolff haben nun auch diese Gede und viel-leicht damit einem irredemmer Kaufmann seine Gärten ab-nommen.

**Lehrer und Posthalter sind nicht bloß in den Dörfern** früher in einer Person vereinigt gewesen, dasselbe gilt auch heute noch ganz dicht bei Berlin für gemeinen. In Samargendorf ist eine Postagentur im Schulhause errichtet worden, und der Lehrer bewirbt sich um die Postagentur. Die Gemeindevertretung von Samargendorf erhob gegen die Verleihung der Postagentur an den Lehrer Protest, weil sie der sonderbaren Meinung war, daß die Kinder einen Verlust an Ausbildung erlitten, wenn der Lehrer den Unterricht unterbräche und den Dienst als Posthalter versee. Daros Entrüstung unter einem Theil der Gemeindegliedern. Es wird eine Erklärung in Zirkulation gesetzt, durch die man dem Lehrer alles Vertrauen und den Dank für die Neben-nahme der Postagentur ausspricht, weil anderenfalls die Postagentur wahrscheinlich wieder hätte eingehen müssen. Die „Voss. Zig.“ ein freisinniges (.) Blatt, allerdings dicht an der Grenze des National-liberalismus, theilt den Fall mit, getraut sich aber nicht, ein Urtheil darüber auszusprechen. Sie nennt die Sache „absonderlich“ und meint: „Wie die Angelegenheit sich gehalten wird, ist noch nicht ange-sehen.“ Das die „Angelegenheit“ der Gemeinde Schaden stiftet, wird wohl nicht in Abrede zu lassen; sie mag überhau-pt nicht sein, sagt die „Voss. Zig.“ nicht; sie mag überhau-pt kein Urtheil und hält vielmehr die „freibethlichen Grundzüge“ des Liberalismus für gefährdet, wenn es einem Lehrer verwehrt zu werden, während der Schulstunden noch einen anderen Beruf zu treiben. Sieht der „Voss. Zig.“ und dem 1891er Deutsch-Verein ganz ähnlich.

**Cholera-Erreger.** Das Postmuseum ist unlängst durch einen ganz eigenartigen Gegenstand, welcher die Mikroskope der im Anfange der dreißiger Jahre in Deutschland wüthenden Cholera ins Gedächtniß zurückruft, bereichert worden. Es ist dies der „Verkehr-Zig.“ zufolge, eine sogen. „Cholera-Erreger“, nicht etwa ein zum Schneiden bestimmtes Instrument, sondern ein genau in Form einer Schere sauber aus Eisenblech ge-schnitztes und sorgfältig vermitteltes kleines Gefäß von 60 Jähr-



„Waldröde“, Abends 9 Uhr bei Herrmann, Saubergstr. 41. — Sittlichkeits-Verein „Deutsche Eiche“, Abends 8 Uhr bei Herrmann, Saubergstr. 41. — Tambour-Verein „Deutsche Eiche“, Abends 9 Uhr im Restaurant Tschorn, Waterloo-Ufer 14. Aufnahme neuer Mitglieder.

„Waldröde“, Abends 9 Uhr bei Herrmann, Saubergstr. 41. — Sittlichkeits-Verein „Deutsche Eiche“, Abends 8 Uhr bei Herrmann, Saubergstr. 41. — Tambour-Verein „Deutsche Eiche“, Abends 9 Uhr im Restaurant Tschorn, Waterloo-Ufer 14. Aufnahme neuer Mitglieder.

A. A., Steineg., Oppelnerstraße. Die Adressen sind folgende: Herr Hjalmar Branding Redakteur des „Sozialdemokraten“, Stockholm, — Redaktion des „Arbeiter“ in Malmö, Schweden, — Redaktion des „Sozialdemokraten“, Christiania, Norwegen. — Porto für den einfachen Brief 20 Pf.

# Grosse Volks-Versammlung

am Montag, 23. Februar, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Böhmisches Brauhauses. Tages-Ordnung: 1. Die Aussperrung der Tabakarbeiter zu Hamburg, Altona und Ottenfen und die falschen Berichte des Wolffschen Telegraphen-Bureaus. Referent: Reichstags-Abgeordneter (Tabakarbeiter) **Molkenbuhr**.

# Große General-Versammlung des Fachvereins der Former

am Sonntag, den 22. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr, im „Wedding-Park“, Müllerstraße 178. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Vertrauensmannes **E. Grenz** aus Chemnitz über: „Die gewerkschaftliche und politische Entwicklung der Arbeiter“. 2. Kassenbericht. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verschiedenes.

# Große öffentliche Versammlung sämtlicher Maschinisten u. Heizer

sowie aller zur Wartung von Triebwerk (Motoren) angestellten Personen Berlins und Umgegend am Sonntag, den 22. Februar cr., Vormittags 10 Uhr, bei **Joël** (früher Keller), Andreasstr. 21. Tages-Ordnung: 1. Ist die Prüfung von Heizern und Maschinisten anzustreben analog den Bestimmungen der Heizer und Maschinisten auf See- und Flußdampfern, Lokomotivführern u. s. w.? Referent: Herr **Alwin Gerisch**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

# Grosse öffentliche Versammlung der chirurgischen Instrumentenmacher und Berufsgenossen

am Montag, den 23. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Zemter**, Münzstrasse II. Tages-Ordnung: 1. Die Lage der Hamburger Ausgesperrten. 2. Die Feier des 1. Mai und wie stellen wir uns zu derselben. 3. Verschiedenes. Wir ersuchen alle Kollegen zahlreich zu erscheinen, da es unbedingt notwendig ist.

# Achtung! Öffentl. Versammlung f. Männer u. Frauen in der Neuen Welt, Hasenheide.

Sonntag, den 22. Februar, Nachmittags 5 1/2 Uhr: Tages-Ordnung: 1. Ist die heutige Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch das Kapital ein Kulturfortschritt? Referent: Herr **Wilhelm Schweitzer**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zu regem Besuch ladet ein **Der Einberufer**.

# Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- u. Silberarbeiter u. verw. Berufsg.

(Eingeschriebene Hilfskasse.) Mitgliedschaft Berlin. Montag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung (§ 40 des Statuts) in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Strasse 20. Tages-Ordnung: 1. Rechenschafts- und Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Das Kassenbuch legitimiert, Minderjährige haben keinen Zutritt. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand**. J. A.: C. Holtkamp, Vorsitzender, Admiralsstr. 18a

# Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer der Freien Gemeinde für Rixdorf u. Umgegend

am Montag, den 23. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in **Hoffmann's Saal**, Bergstraße 133. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Th. Metzner** über: Was lehrt uns die Schule, was lehrt uns das Leben? 2. Diskussion. 3. Fragelisten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand**.

# Achtung! Gr. öffentl. Versammlung sämtlicher in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter

am Montag, 23. d. M., Abends 8 Uhr, bei **Säger**, Grüner Weg 29. Tages-Ordnung: 1. Die Lage der ausgesperrten Arbeiter Deutschlands, speziell der Arbeiter Hamburgs. Referent: Herr **v. Elm**. Korreferent: Herr **Rühl**. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Anträge der Kommission. 5. Verschiedenes und Fragelisten. Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerksammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Agitations-Kommission**.

# Briefkasten der Redaktion.

C. A. Wir können Ihnen nur mündliche Auskunft erteilen. Ein ärztliches Urteilst müssen Sie aber unter allen Umständen haben. Besorgen Sie sich dasselbe sofort, weil später die Schläge vielleicht nicht mehr zu konstatieren sind. W. M. Das wissen wir nicht.

# Bereinigung d. Drehsler Deutschlands.

Ortsverwaltungen Berlin und Rixdorf. Sonntag, den 22. Februar, Mittags 12 Uhr: **Combinirte Mitglieder-Versammlung** in den **Gratweil'schen Bierhallen**, Kommandantenstr. 77-79. Tages-Ordnung: 1. Bericht und Wahl des Arbeitsvermittlers. 2. Anträge zur General-Versammlung. 3. Aufstellung von Kandidaten und Wahl der Delegierten zur General-Versammlung. 4. Beschlussfassung über Zentralisierung der Zahlstellen und Lohnfonds. 5. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht. 136/7

# Grosse öffentliche Versammlung für Männer u. Frauen

am Sonntag, den 22. Februar, Abends 6 Uhr, in den „Zentral-Festsälen“, Oranienstrasse Nr. 180. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Jedem der volle Ertrag seiner Arbeit — eine Utopie?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — **Gefelliges Beisammensein!** — Genossen und Genossinnen laden zu recht zahlreichem Besuch ein [153/9] **Die Beauftragten**.

# Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Sonntag, 22. Februar, Abds. 6 Uhr, in **Knebels Salon**, Badstr. 58. Was lehrt uns die Schule, was lehrt uns das Leben? Referent: Herr **Metzner**. **Der Einberufer: Paul Heilmann**.

# Reinickendorf. Versammlung.

Sonntag, den 22. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Restaurant **Lüdecke**, Zandstrasse 1: Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Hrn. **Ch. Metzner** über: „Was lehrt uns die Schule, was lehrt uns das Leben?“ 2. Diskussion. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen. 559b **Der Vorstand**.

**Verzinsen** empfehlen wir die vorzügliche Agitationsmaterial enthaltenden **40 Pf. Zeitschwingen**, 40 Pf. Monatschrift f. Volksbildung u. Aufklärung. Heft 2, II. Jahrg. ist soeben erschienen. Jahrg. I ist komplett zu ermäßigtem Preis zu beziehen. Ausw. Besteller wollen ihren Aufträgen 10 Pf. bezw. 30 Pf. f. Porto beifügen. 575b **Th. Mayhofer Nachf., Sozialdemokratische Buchhandlg., Berlin N., Weinbergsweg 15b.**

Zu beziehen durch die Expedition der „**Kauim. Rundschau**“, Berlin S., **Goethestr. 21, IV.** Stenogr. Bericht über die beiden Reichstags-Verhandlg., Sitzungen vom 13. u. 14. Februar 1891. (Sonntagsruhe d. Handlungsgsch.) à 30 Pf., unter Kreuzband bezog. à 40 Pf.

**34-35 19M. 34-35**  
**Einsegnungs-Anzüge**  
**Detail-Verkauf**  
**Fabrikpreisen.**  
Einzigstes und größtes Geschäft der Residenz.  
**Siegfr. Grossmann**  
**Rosenthalerstraße**  
Nr. **34-35 34-35 34-35**

**Pfandleihhaus**  
Rixdorfstr. 13. Ausverkauf zurückgebliebener Gegenstände, neue u. wenig getragene Herren-Anzüge, einzelne Röcke, Jaguetts, Hosen, Knaben-Anzüge, Uhren u. s. w. Für Verkauf täglich geöffnet. [77L]

**Öffentl. Bekanntmachung.** Die Beleid., die ich geg. Hr. **Krüger**, Müllerstraße 12a, ausgepr. habe, nehme ich neuer. zur. u. erkl. dies als eine achtbare Frau. Hr. **Teufel**, Müllerstr. 12a.

**Arbeitsmarkt.**  
**Flaschenbier-Kaufher.**  
Einen tüchtigen Flaschenbier-Kaufher m. Rundschaff sucht geg. hohe Provision die Brauerei **Fr. Geiss**, Pappel-Allee 33.  
Posamentier u. Knopfmacher f. St. Adr. **Gründel**, Dresdenerstr. 116. 579b

# Central-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. w.

Vertikale Verwaltungsstelle **Berlin B.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle von der Grunimstraße 1 nach der **Boeckhstr. 12 bei Haugk** verlegt ist. **Die Ortsverwaltung.** NB. Abonnements auf die „**Neue Tischler-Zeitung**“ werden auf allen Zahlstellen entgegen genommen. 301/2

# Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes.

**General-Versammlung** Sonntag, den 1. März, Vorm. 10 Uhr, im Lokale **Grünaderstr. 33 bei Seefeldt**. Tages-Ordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 99. 2. Erhöhung der Beiträge eventl. Minderung der Kassenleistungen (gemäß § 33 des Gesetzes und § 55 des Statuts). Die auf Grund § 43 des Statuts gewählten Vertreter werden hiermit eingeladen. **Der Vorstand.** 594b 515b

# Achtung! Fachverein der Lithographie-Steinschleifer und Berufsgenossen (Luxus-Papier-Präger).

**Berammlung** Sonntag, den 22. Februar 1891, Mittags 12 Uhr, 590b bei **Zemter**, Münzstraße 11. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Zentralisation eventl. Auflösung des Fachvereins. Referent: Herr **O. Sillier**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, die Abrechnung vom Stiftungsfest zu ordnen. Um zahlreiches Erscheinen, auch von Gästen, ersucht **Der Vorstand**.

# Fachverein der Feilenhauer.

Sonntag, 22. Febr., Vorm. 10 Uhr im Lokale des Hrn. **Meissner**, Gartenstr. 162. **Berammlung.** **Der Vorstand.** 150

# Achtung! Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!

In der Pianoforte-Fabrik von **Mah & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten. **Die Kommission.** NB.: Sammellisten können jeden Abend bei **Winger**, Raumystr. 79; bei **J. Meyer**, Andreasstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden **W. Neumann**, Kckerstr. 188, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

# Gejchäfts-Gröfnung.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich **Grünstraße 4** ein **Restaurations-Lokal** eröffnet habe. [489b] **Ernst Poillon.**

# Empfehle allen Freunden und Genossen mein

**Beij- u. Bairisch-Bier-Lokal,** Frühstück, Mittag- und Abendessen. Arbeiterblätter liegen aus. Willard 56L zur Verfügung.

# C. Boll,

Wienerstraße Nr. 1-4. Freunden u. Genossen empfehle mein **Zigarren-Geschäft** **C. Reinicke, Manteuffelstr. 9.**

Knaben-Anzüge, Röcke, Hosen und Paletots u. Herrenuhren, Regulatoren, Wäfsche, Ringe f. d. J. vert. **G. Meyer**, 579b Staligerstr. 25.

**Dr. Hoersch**, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10

Soziale Ueberblick.

Achtung Streikender! Der Streik bei der Firma Desferre u. Hartmann dauert unverändert fort, bis unsererseits an dieser Stelle eine entgegengesetzte Erklärung kommt.

Die Kommission.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schäftebranche. Kollegen und Kolleginnen. Mit dem Eintritt in das Frühjahr stehen wir wieder vor der Periode, in der wir vor Jahresfrist in unsern Lohnkampf eingetreten sind.

Zum Ausschluß der Tabakarbeiter.

Minden, den 18. Februar. (Telegramm.) Die hier für Hamburger Firmen arbeitenden Tabakarbeiter — über 100 an der Zahl — beschloßen, am Sonnabend die Arbeit einzustellen.

Derford, den 18. Februar. Die Zigarrenarbeiter der Firma G. F. Schmidt haben heute Morgen die Arbeit eingestellt. Der Inhaber der Firma G. Schmidt, Altona, ist per Telegramm hierher berufen und wird heute hier eintreffen.

Niesha, den 19. Februar 1891. Die 230 Gedarbeiter beim hiesigen Bahnhofsambau haben am 18. Februar die Arbeit ohne vorhergehende Abmachungen plötzlich niedergelegt, da ihr Lohn (Kalkulo) der vom Unternehmer in letzter Zeit schon von circa 2 M. auf circa 1 M. 60 Pf. täglich durch Verringerung des Lohnjahres vermindert worden war.

Lüttich, 19. Februar, Abends. Eintausend Kohlenarbeiter in Serain legten heute die Arbeit nieder, und zwar wegen Nichtgewährung von Forderungen bezüglich Lohnerhöhung und Verabreichung der Arbeitszeit.

Versammlungen.

Die Haus- und Geschäftsdienner von Berlin

Hielten am Freitag Abend eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung ab: „Wie stellen sich die zielbewußten Kollegen zur Gründung einer freien Vereinigung?“ Die Versammlung wurde von dem Kollegen Pinzer geleitet.

Der Korreferent Herr O. Lambrecht weist auf die überaus traurigen Verhältnisse hin, welche die Hausdienenner mehr als alle gewerblichen Arbeiter drücken. Redner betont, daß das starke Angebot von Arbeitskräften auf ihrer Klasse die Angelernten noch mehr drückt als irgend anderswo.

Nach längerer lebhafter Debatte, in welcher noch Vieles für und gegen den Vorschlag hervorgebracht wird und an der sich die Herren Pinzer, Glashagen, Falkenthal, Albold, Boll, Bierich, Barfels, Gruner und Ithig beteiligten, kommt eine Einigung zu Stande. Es wird einstimmig beschlossen,

einen „Bildungsklub der Berliner Haus- und Geschäftsdienner“ zu gründen. Es wird noch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß später in allen Stadtteilen zur wirksamen Agitation ein solcher Klub errichtet werden könne.

Gutarbeiter.

Eine öffentliche Versammlung von in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte unter Vorsitz des Herrn Augustin bei erfreulicher Beteiligung im Saale des Böhmischen Brauhauses.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: „Beschlusfassung über den 1. Mai.“ Die Versammlung beschloß mit Einstimmigkeit, sich dem Fractionsbeschlusse anzuschließen, d. h. den ersten Sonntag im Mai (3. Mai) in diesem Jahre als Arbeiter-Feiertag zu begeben.

Als dritter Punkt stand auf der Tagesordnung: „Bericht der Delegierten der Streik-Kontroll-Kommission“, welchen namens dieser Herr Bökel erstattete. Redner beklagte im Verlaufe seines Vortrages die zu schwache Beteiligung an den freiwilligen Sammlungen zu dem von den Gutarbeitern geschaffenen Dispositionsfonds.

Zum vierten Punkte der Tagesordnung: Heranziehung der Strohhut-Arbeiter zum Unterkünnungsverein deutscher Hutmacher. Sprach Augustin. Redner gestellte den Indifferentismus der Strohhut-Arbeiter, welche nicht zum Anschluß an die Organisation zu bewegen seien.

In das Komitee zur Manifestation wurden die Herren Henze, Werner, Bökel, G. Vansche und Weiniegel gewählt.

Auf Antrag des Herrn Wöber wurde ferner einstimmig folgende Resolution beschloßen: „Die heutige allgemeine Versammlung der in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschloß: In Erwägung, daß die Arbeiter von Pantow und Nieder-Schönhausen bisher nicht Gelegenheit haben, ein Lokal zu Versammlungen zu erhalten, indem die Inhaber aller Lokale davor die Herabgabe derselben verweigern.“

Nachdem noch Herr Vansche auf die hohe Bedeutung der Arbeiter-Bildungsschule hingewiesen und die Benutzung dieses Instituts warm empfohlen hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Handlungsgehilfen und Gehilfen.

Zu einer öffentlichen, unter Vorsitz des Herrn Kaunzischer tagenden Versammlung, welche sich eines sehr starken Besuches zu erfreuen hatte, eröfnete Genosse Kuerbach am Donnerstag Abend die Frage, wie die Lage der kaufmännischen Angestellten zu befferen sei.

Der nächste Redner, ein Herr Eugen Herzberg, kam mit seinen von uns schon mehrfach erwähnten Lebensarten hervor; nicht einmal den Weg wollte er vom Referenten gehdrt haben, wie Besserung herbeizuföhren sei.

auf welchen Genosse Karl Rosenthal später bei seiner Abfertigung dieses Herrn aufmerksam machte. In seinen weiteren Produktionen brachte er auch die Richter'sche Fabel von der Schädlichkeit des Normalarbeitstages auf die Bühne vor — dies hatte den Tag vorher in der „Freisinnigen Zeitung“ gestanden.

Genosse Kuerbach wies darauf diesen Redner in die gebührenden Schranken und besprach auch die ersterer zu nehmenden Ausführungen des Herrn Noth, indem er zeigte, daß die deutsch-freisinnigen Handlungsgehilfen für etwaige Forderungen von gesetzlicher Regelung der Arbeitsverhältnisse bei den Vertretern ihrer Partei keine Unterstützung finden werden.

Genosse Karl Rosenthal fertigte den kleinen Eugen Richter nochmals gehdrgig ab und besprach die Vortheile, welche das neugegründete kaufmännische Organ: „Die kaufmännische Rundschau“ den Handlungsgehilfen bietet.

Die heutige öffentliche Versammlung aller Handlungsgehilfen und Gehilfen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden.

Die heutige öffentliche Versammlung aller Handlungsgehilfen und Gehilfen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Die Versammlung erklärt sich mit der deutsch-freisinnigen Partei nichts zu thun haben zu wollen.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter fand am 18. Februar unter dem Vorsitz des Herrn Post statt.

Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Franz Feldmann über die Ursachen des Massenelends, der lebhaften Beifall fand. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner. Diefelben forderten zum Anschluß an die hier bestehende Fachorganisation auf.

Eine Antisemiten-Versammlung hat am Mittwoch zu Livolt stattgefunden. Sie hatte den Zweck, gegen die Bildung des Vereines zur Abwehr des Antisemitismus zu protestieren.

Den Antisemiten hat er indes wenigstens die Veranlassung zu einer „All“-Versammlung gegeben. Nach dem Bericht der antisemitischen „Post“ hat der Hauptredner, Dr. Bödel, nachdem er an die Verfassung der Hildesheimer Referendare und die Maßregelung eines Postassistenten erinnert hatte, bemerkt: „Wenn das so weiter geht, geben wir in die Opposition.“

Eine gut besuchte Versammlung des Zentralvereines deutscher Dittcher fand am Sonntag statt. Das Stiftungsfest hat einen Ueberschuß von 29,10 M. ergeben, der den arbeitslosen Kollegen zugewiesen wurde.

Im Verein der Berliner Hausdienenner sprach am letzten Montag Dr. Büchner über das Thema: „Klassenstaat und Schule“. Der Referent führte etwa aus: Die Trennung von niederen und höheren Schulen entspricht der Spaltung der Gesellschaft in Klassen.

ist an höheren Schulen vorgekommen, daß ein Religionslehrer gar nicht da war. Man braucht die Religion nur für die niederen Klassen, wie Herr v. Treitschke offen bekannt hat. Vom Standpunkte der Logik und Wahrheit ist es falsch und widersinnig, daß dieselbe Staatsbehörde vier einander widersprechende religiöse Lehren förmlich als wahr lehrt, von denen doch nur eine oder höchstens eine wahr sein kann. Der gegenwärtige Geschichtsunterricht hat nichts Bildebendes. Jetzt soll ja auch Volkswirtschaft in der Schule gelehrt werden zum Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Man macht damit die Schule bewußt und offen zum Werkzeug des Staats. Indes es wird nichts schaden; heute beginnt das sozialökonomische Denken erst mit dem Eintritt in ein Arbeitsverhältnis, künftig schon während des Volksschulbesuchs. Eine Ausbildung der Individualität gewährt weder die Volksschule, noch die höhere Schule. Dort lernt man kaum das für's Leben Unentbehrliche; auch die Berliner Gemeindefchulen können beim Verlassen der Schule nicht einmal ordentlich einen Brief oder eine Rechnung schreiben, und die Berliner Gemeindefchulen sind lange nicht so gut, wie die Liberalen sich einreden. Die höhere Schule erzieht Beamte, nicht einmal Staatsbürger, noch weniger Menschen. Ueberhaupt vernichtet die kapitalistische Produktion, der Klassenstaat die Persönlichkeit, die individuelle Freiheit, wie er das Eigentum vernichtet. Die Schulreform muß, umgekehrt wie es die Schulkonferenz gemacht hat, von der Volksschule, die alle Kinder bis zu einem bestimmten Alter vereinigt, ausgehen. An die Mannigfaltigkeit unserer Schulen soll nicht getaht werden. Die Sprachen derjenigen alten Völker, welche die Grundlage der heutigen Gesellschaft repräsentieren, sind für uns nicht wertlos; mit Unrecht bezeichnen Philologen die Feindschaft gegen das Altgriechische und die Beschränkung auf das praktische Nützliche als eine sozialdemokratische Tendenz; sie ist vielmehr durchaus bourgeoisiich. (Referent führt hierfür Friedrich Engels an.) Die Trennung in Klassenfchulen muß gleichzeitig mit dem Eintreten der Unentgeltlichkeit des Unterrichts eintreten. Großen Vortheil würde ferner die Cessantität des Unterrichts bringen. Am allermeisten kommen in den heutigen Schulen die Mädchen zu kurz, zumal in den höheren; die höhere Tochter ist eine inhaltslose Existenz. Die Elemente des künftigen Bildungsinhalts liegen zum größeren Teil in dem geistigen Schaffen des Proletariats. Wird die Schule einmal Gegenstand der Reichsgesetzgebung, und bekommen wir einmal einen Reichs-Unterrichtsminister, so erzielen wir vielleicht durch den Reichstag keine Fortschritte. Wahrscheinlicher ist, daß die Schule des Klassenstaates nur mit dem Klassenstaate selbst fällt. Um so nötiger ist die Verbreitung der Bildung durch den Sozialismus. Die Sozialdemokratie hat bereits für die Volksbildung mehr getan, als alle Staatsschulen zusammen genommen. Die geistige Befreiung der Arbeiterklasse arbeitet ihrer ökonomischen und politischen Emanzipation vor. (Anhaltender Beifall.)

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Es wurde sodann eine Resolution eingebracht, die aber verbesserungsbedürftig war. Sie fand nachher unter Verschiedenem in folgender Fassung einstimmige Annahme: „Die am 9. Februar in den Arminhallen tagende Versammlung erklärt sich im Prinzip mit den Ausführungen des Referenten Herrn Dr. Lütgenau über das Thema „Klassenstaat und Schule“, insbesondere damit einverstanden, daß der Religionsunterricht beseitigt wird, daß ferner Unterricht, Lehrmittel und Unterhalt der Lernenden unentgeltlich werden und der Besuch der höheren Schule allein von der individuellen Fähigkeit und Würdigkeit abhängt. Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrag Stadthagen einverstanden. Die Versammlung erkennt ferner in der heutigen Schule ein Werkzeug des Klassenstaates und sieht die echte Wissenschaft allein im Sozialismus und seine Anwendung auf alle Lebensgebiete.“ Außerdem wurde eine Reihe von Unterstützungsfällen erledigt.

**Der sozialdemokratische Wahlverein des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises** hielt am 17. d. M. eine Versammlung ab. Genosse Theodor Glocke hielt einen Vortrag über das Thema: „Der Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse“. Dieser Kampf zieht sich, wie der Vortragende darlegte, seit Jahrtausenden wie ein rother Faden durch die Kulturgeschichte und entstammt jener Zeit, als sich aus dem urkommunistischen Eigentum das Privateigentum entwickelte. Diese Entwicklungsgeschichte skizzierte der Vortragende in großen Zügen, zeigte, wie in ältester Zeit der Besitz von Grund und Boden immer mehr in wenigen Händen sich konzentrierte, dadurch eine immer größere Macht in den Händen. Weniger sich vereinigte und dadurch die großen Sklavenausstände im alten römischen Reiche, sowie die blutigsten Kämpfe zwischen freien und Unfreien zur Folge hatten und die ganze damalige Kulturwelt in Mitleidenschaft zogen. In anschaulichster Weise schilderte der Vortragende an der Hand der Geschichte die Emanzipationskämpfe der unterdrückten Klassen in den späteren Jahrhunderten bis auf die neuere und neueste Zeit und erntete für seinen lehrreichen Vortrag den lebhaftesten Beifall der Genossen. Eine Diskussion fand nicht statt. Am 28. Februar feiert der Verein im „Gästehaus“ sein Stiftungsfest. Genosse Lieberich wird die Festrede halten. Zu diesem feste lud Genosse Diebold freundlich ein und schloß absdann die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie.

**Clavierarbeiter.** Der Verein zur Wahrung der Interessen der Clavierarbeiter hielt eine gut besuchte Mitgliederversammlung am 16. Februar ab. Es wurde sofort in die Verhandlung über den Streik bei May u. Co. eingetreten. Die jetzige Lage des Streiks ist für die Streikenden eine sehr günstige. Trotzdem die Fabrikanten der Meinung sind, wenn sie eine Annonce in die Zeitung schicken, worin sie den Streik für beendet erklären, so wäre das für die Arbeiter der Clavierbranche maßgebend, ist der Streik doch so lange keinesfalls zu Ende, bis die Fabrikanten ihre Forderungen nicht zurückgezogen haben. Es herrscht große Begeisterung unter den Streikenden, und trotzdem die Arbeitslosigkeit groß ist in Berlin, so beweisen die gesammten Clavierarbeiter und Berliner Tischler, daß sie die Fabrikanten nicht mit den streikenden Kollegen solidarisch erklären, sie durch reges Sammeln materiell vor den größten Sorgen bewahren. Es ist aber auch notwendig; denn es handelt sich um einen Streik, welcher von Bedeutung für sämtliche Clavierarbeiter sowie viele kleine Fabrikanten ist. Kollege J. Meyer schildert die letzte Verhandlung am Sonnabend mit den Fabrikanten, als auch die Streikenden ihr Werkzeug abholten. Unter Anderem drohen die Fabrikanten dem Streikkomitee mit Klage, der jedoch mit Ruhe entgegen gesehen wird. Der Hammerkopfmacher und Hundebund- und Jagdliebhaber Riemann, welcher in der letzten öffentlichen Clavierarbeiter-Versammlung erklärte, wenn die Fabrikanten May u. Komp. nicht wenigstens die Hälfte der Forderungen zurückzogen, würde auch er nicht weiter arbeiten, hat nicht Wort gehalten, sondern arbeitet weiter. Dagegen haben sich die Kollegen von dem Frontenpumper Sauer mit den Streikenden solidarisch erklärt und auch die Arbeit eingestellt. Kollege Meyer fährt aus, daß ein Jeder alle Gerichte, welche in Umlauf gesetzt werden, als wie: der Streik ist beendet, oder die Wänte sind wieder da, u. s. w., energisch zurückweisen habe, denn derartige Gerichte sollen nur Uneinigkeit unter die Kollegen bringen, damit die Gelder knapp einlaufen und die Streikenden durch Hunger gezwungen werden, zu Kreuze zu kriechen. Es ist dies alles nicht der Fall. Im Ganzen haben acht neue Arbeiter angefangen, davon haben aber wieder einige aufgehört oder aufhören müssen, und die noch arbeiten, können der Firma May u. Co. nicht zum Siege verhelfen. Sie sind nicht zu vergleichen mit den Arbeitern, welche streiken. Ein Jeder möge sein Möglichstes thun, um die Kollegen zu unterstützen. Kollege Rob. Schmidt theilt

mit, daß der Streik in der Zentral-Streikkommission besprochen worden ist. Wir seien aber in materieller Unterstützung auf uns allein angewiesen, wie überhaupt jede Gewerkschaft bei kleineren Streiks, da jetzt die großen Streiks, wie in Hamburg die Tabakarbeiter, die Charlottenburger Möstler u. s. w., die Hilfe der gesammten Arbeiterschaft in Anspruch nehmen. Kollege Lührig beantragt, daß die Kollegen von Sauer ebenfalls durch Namensaufruf erklären, daß sie sich solidarisch verpflichten, mit den Streikenden auszuhalten. Es geschieht. Derselbe Kollege fährt noch an, daß bei Sauer des Nachts bis 1/2 Uhr gearbeitet worden ist, daß den Arbeiter Gehaltsverprochen wurden, um immer mehr fertig zu stellen. Fünf Mann haben 16 Fronten in der Woche geleistet. Es ist kaum glaublich, doch wahr.

Es wird zur Wahl von drei Kollegen in die Arbeitsvermittlungskommission geschritten. Nach einer persönlichen Debatte werden die Kollegen Jülich, Lührig und Frenzel gewählt.

Der Vorhänge theilt den Beschluß des Vorstandes mit, am Sonntag, den 3. Mai, in der Gräfl. Reichschach'schen Brauerei in Stralau eine Feier zu veranstalten, als Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages. Er ersucht die Versammlung um Sanctionierung des Beschlusses.

Die Kollegen Blegis, Schmidt, Niediger und Kröhn treten für den Beschluß des Vorstandes ein.

Kollege Niendorf wünscht nicht jetzt zu bestimmen, daß eine Gewerkschaftsfeier stattfinden; man möge erst eine größere öffentliche Versammlung abwarten, welche vielleicht eine andere Demonstration beschließt, da die Parteifraktion eine einheitliche Feier vorgeschlagen hat. Derselbe stellt den Antrag, den Beschluß des Vorstandes zu verlegen, zieht aber vor der Abstimmung, da keine Aussicht auf Annahme vorhanden war, den Antrag zurück.

Der Kollege Robert Schmidt widerlegt die Ansicht Niendorfs, und der Beschluß des Vorstandes wird von der Versammlung sanctionirt.

Aufgenommen wurden 37 neue Mitglieder. Die Kollegen werden dringen aufgebordert, über die Billets vom Kommerz und vom Maskenball bei Buggenhagen baldigst abzurechnen.

Am 7. März findet im Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee unser 2. Maskenball statt. Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und im Restaurant Winger zu haben.

**Der Fachverein der Weber und verwandten Berufsgenossen** hielt am 16. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Nach Erstattung des Berichtes der Revisoren vom Stiftungsfeste hörte die Versammlung einen Vortrag des Kaufmann Rob. Platon über „das Elend der Hausindustrie, insbesondere der Weber hier und außerhalb“. Am der Hand der Angaben des Generalsekretärs von Stalpaenel über die Verhältnisse der Weberei in Berlin und Umgegend, sowie geüht auf die thatsächlichen Verhältnisse schilderte der Vortragende das Weberelend, welches in Berlin nicht minder groß sei, als in Schlesien. Zur Abhilfe des dortigen Elends werde an die Wohlthätigkeit der Berliner besitzenden Klassen appellirt, insofern diese das herrschende Elend am eigenen Orte gänzlich ignoriren. Um der grenzenlosen Ausbeutung der Weber durch das Kapital etwas entgegenzuwirken, empfahl Redner eine straffe Organisation der Meister und Gesellen. Der Staat könne helfen eingreifen durch Aenderung der Wirtschaftspolitik, woran allerdings nicht zu denken sei. In den Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion, in welcher die Verhältnisse der Weberei des Weiteren erörtert wurden. Besonders sprach man der Berliner Weberschule jeden praktischen Nutzen ab und bezeichnete dieselbe in der Hauptsache als eine Versorgungsanstalt für verdohtwolle Zanungs-Obermeister und ähnliche Säulen des Staates. Man war allgemein der Ansicht, daß das Elend der Weber nicht grauer gemalt werden könne, als es thatsächlich sei. Da der Reichstags-Abgeordnete Stolle der Versammlung beivohnte, gab der Vorhänge Lehmann demselben einige Ergänzungen zu den Wünschen anheim, welche eine öffentliche Versammlung dem Fraktionsvorstande zur Vertretung im Reichstagsunterbreitet hat. Diefelben bestanden hauptsächlich in den Wünschen, daß dem Weber seine Arbeit gemessen und gelohnt werde, wie sie vom Stuhl komme, nicht aber erst, nachdem das Stück getrocknet oder appetirt sei. Ferner wird ein einheitliches (Meter-)Maß gemüht. Eine scharfe Kritik übte der Redner an dem Verhalten der hiesigen Textil-Industriellen, welche die Sammelstellen für die „nothleidenden Weber in Schlesien“ auch in den Fabriksälen irksuren ließen, damit ja auch die Arbeiter darauf zeichnen mußten. Als jedoch in Bern die Arbeiter für die streikenden Weber sammelten, wurden dieselben wegen Bettelns bestraft.

Abg. Stolle beleuchtete in längerer Rede ebenfalls die Verhältnisse der Weberei; die technische Entwicklung, welche die Selbständigkeit der Weber gänzlich über den Haufen geworfen habe und versprach, nach Möglichkeit die berechtigten Klagen und Forderungen der Weber im Reichstags zu vertreten, ohne indessen eine Garantie für den Erfolg zu übernehmen. — Beschlossen wurde, von dem erzielten Ueberschuss vom Stiftungsfeste 30 M. den ausgesperrten Tabakarbeitern in Hamburg, 40 M. den streikenden Wirkern in Thalheim in Sachsen, 10 M. der Berliner Streik-Kontrollkommission, 10 M. dem Agitationskomitee, 20 M. dem Referendats und 20 M. einem bedrängten Kollegen zu überweisen. Die Orts-Krankenkasse bezw. deren Verwaltung bildete den Gegenstand reichhaltiger Klagen und Beschwerden und wurde in einem speziellen Falle Rechtschutz gewährt. Die sonstigen Verhandlungen waren belanglos.

**In der Freien Vereinigung der Kaufleute**, die ihre Versammlung ausnahmsweise auf Dienstag, den 17. Februar verlegt hatte, kam es, nachdem Herr Tark einen Vortrag über Hygiene gehalten, unter Verschiedenem zu einer lebhaften Aussprache über die Reichstagsbeschlüsse bezüglich der Sonntagsruhe. Kollege Auerbach machte auf die miflichen Konsequenzen der Beschlüsse, falls sie in dieser Form zum Gesetz werden sollten, aufmerksam, demzufolge es in dem Belieben jeder einzelnen Kommune liege, die zulässige Arbeitszeit von 5 Stunden über den ganzen Sonntag zu vertheilen und dadurch die Ruhe für die Gehilfen illusorisch zu machen. Ja, es ergebe sich für Nachbargemeinden die Möglichkeit, durch Festschließung späterer Geschäftsstunden sich gegenfeitig die Käufer zu entziehen. Die Freie Vereinigung habe sich das Verdienst anzurechnen, die Frage der Sonntagsruhe durch fortwährende Agitation zu einer brennenden gemacht zu haben, die dreitägigen Verhandlungen seien die Quittung über den Erfolg; sie dürfe sich indessen nicht bei dieser Lösung beruhigen. Es gelte jetzt, mit aller Macht daran zu arbeiten, daß ein Petitionssturm in ganz Deutschland entseffelt wird, der den Reichstag zur dritten Lesung dazu bewegt, zu beschließen, daß diese Arbeitszeit Sonntags spätestens 12 oder 1 Uhr beendet sein muß. Kollege Schreyer pflichtet dem bei und beantragt die Bildung eines Komitees, das diese Angelegenheit speziell in die Hand zu nehmen hätte. Darüber, ob es vereinsgesetzlich zulässig, und ob es thatsächlich erfolgversprechend, daß dieses Komitee aus der Mitte des Vereins gewählt würde, entspann sich eine längere hitzige Debatte zwischen den Herren Schreyer, Tark, Auerbach, Meyer und Noth. Tark gab anheim, die Wahl in öffentlicher Volksversammlung vorzunehmen, beantragte die Verpflichtung des Vereins zur energischen Unterstützung dieses Komitees aufzusprechen und schlug vor, diese große Sache, gegen die prinzipiell wohl kein einziges Vereinsmitglied etwas habe, die auch nicht parteipolitisch sei, im Interesse des Erfolges nicht unter der Fahne des Vereins in Szene zu setzen, um so die indifferenten Kollegen im Reiche nicht abzuschrecken. Demgegenüber machen die anderen Redner darauf aufmerksam, daß es eine Ehrensache des Vereins sei, diese Agitation im eigenen Namen zu führen, der Forderung nicht jeder, welcher Partei er auch sei, zustimmen, andererseits verbürge die Autorität eines Vereins, der im ganzen Lande als

der eifrigste Verfechter der Interessen der Gehilfenschaft anerkannt sei, viel besser den Erfolg, als ein bis dahin unbekannter, oder schon als sozialdemokratisch bekanntes Konfortium. Das Vereinsgesetz werde durch die Thätigkeit dieses Komitees in keiner Weise verfehlt. Die Versammlung beschloß demgemäß und wählte die Herren Auerbach, Berger, Born, Hünke, Pfeffer, Pafuscher, Rosenthal, Schäffer und Schreyer für diesen Zweck.

Sodann theilte der Vorhänge mit, daß die gemühtlichen Zusammenkünfte nicht mehr bei Preuser, sondern vom nächsten Montag ab bei Norbert, Deuthstraße 22, im Vereinszimmer stattfinden, wo auch die Bibliotheksbücher ausgegeben würden. Nachdem noch um recht regen Besuch der Feier des 20. Februar ersucht worden, wurde die Versammlung um 12 Uhr mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

**Die Freie Vereinigung der Maurer Berlin und Umgegend** feierte in einer am 12. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung die Verathung des von der Statuten-Revisionskommission ausgearbeiteten neuen Statutenentwurfes fort. Den Wünschen der vorigen Versammlung entsprechend hat die Kommission den Entwurf einer nochmaligen Durchberathung unterzogen und entsprechende Abänderungen vorgenommen. Berichterstatter der Kommission war Kollege Krieger. Die Versammlung nahm von einer nochmaligen Generaldiskussion Abstand und trat sofort in die Spezialdiskussion ein. Die größten Schwierigkeiten bereitete die Fassung des von der Kommission in folgendem Wortlaut vorgeschlagenen Passus: „Bekämpfung der Affordarbeit“. Die Kommission ging hierbei von dem Gesichtspunkte aus, daß kein Mitglied Afford arbeitet und daß der Verein als solcher demgemäß die Affordarbeit bekämpft. Der Passus gelangte schließlich in der Kommissionsfassung zur Annahme. Eine bemerkenswerthe, von der Versammlung sanctionirte Aenderung des Statuts besteht darin, daß der monatliche Beitrag in Höhe von 30 Pfennig nur für neun Monate im Jahre, für die Monate Dezember, Januar, Februar nicht erhoben wird, sowie, daß der Gesamtbeitrag nur für die Dauer von je 6 Monaten gewählt wird. Das Gesamtstatut wurde schließlich in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen. Es folgte die Verathung und Annahme des Agitationsreglements. Dasselbe bestimmt, daß zur Erhebung einer Statistik der Arbeitsverhältnisse jedem Mitgliede ein Buch mit vordrucktem Schema zur Ausfüllung ausgehändigt wird. Jedes Mitglied ist verpflichtet, dieses statistische Fragebuch allwöchentlich gewissenhaft auszufüllen. Zur Verathung und Annahme gelangten ferner die Geschäftsordnung, das Rechtschutz-Reglement und die Bibliotheksordnung. Das Statut mit allen seinen Unterabtheilungen tritt laut Versammlungsbeschluß mit dem 1. März 1891 in Kraft. Zum Schluß wurden Vereinsangelegenheiten erledigt.

**Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche** beschäftigten Berufsgenossen. In der äußerst zahlreich besuchten Mitgliederversammlung referirte Herr Pörs über „Die Arbeitskraft als Waare“. Den Redner lobte lebhafter Beifall. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, welche Anschluß an die Organisation empfiehlt. Sodann wurde beschlossen, die Bibliothek zu vergrößern. Dem Generalsekretär in Hamburg wurden 100 M. überwiesen.

Der überhandnehmenden Hausindustrie und deren schädigendem Einflusse (Ausbeutung der Lehrlinge, Arbeitszeit von 16 und 18 Stunden, Lohnrückerei) soll energisch gesteuert werden; und der Vorstand soll der nächsten Versammlung praktische Vorschläge unterbreiten, auf welche Art und Weise diesem Uebel abgeholfen werden kann.

Nachdem noch die Gründung eines Gesangvereins angeregt worden war, wurde bekannt gemacht, daß in der nächsten Versammlung Herr Rechtsanwalt Freudenthal einen Vortrag hält über das Thema: „Das rechtliche Verhältniß zwischen Unternehmer und Arbeiter.“

**Die Filiale 5 (Nord) der Maler zc.** hielt am 11. Febr. ihre Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege Heidemann über das Alters- und Invalidengesetz referirte. Die Diskussion war eine lebhafte. Dann kam der Fall Theodor Schulze zur Sprache; die Mehrzahl der anwesenden Kollegen war der Meinung, daß Schulze nicht wieder in die Vereinigung aufgenommen werden darf.

Die Versammlungen finden nicht mehr jeden zweiten Donnerstag, sondern jeden zweiten Mittwoch im Monat bei Gnadt, Brunnenstr. 33, statt.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abgeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Durch die Angriffe gegen meine Person vom 19. d. Mts. im Sprechsaal des „Vorwärts“ veranlaßt, erkläre ich, daß ein Schiedsgericht, an dem ich theilhaftig bin, im Laufe nächster Woche statthand und das Angeführte vom 19. Februar daselbst zur Sprache kommen wird. Dann werde ich Antwort darauf geben. Karl Röhden, Staligerstr. 20.

## Literarisches.

**Berliner Volks-Tribüne**, Sozialpolitische Wochenschrift (SO., Elisabethstr. 55). Nr. 8 vom 21. Februar 1891 enthält folgende Beiträge: Aus der Woche. — Der Boulangerismus und die Revolution. — Das Ende der Religion. — Was zahlen wir an indirekten Steuern? — Wie das heilige Eigentum entsteht. — Die Folgen der Mac Kintell-Bill. — Literarisches. — Gedicht. — Novelle. — Der russische Markt II. — Moralische Plausen. — Der sittliche Staat. — Reichstags. Preis der Einzelnummer 15 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

3.50 M. für die Zigarrenarbeiter Hamburgs von fünf arbeitsscheuen Malern erhalten.

H. C. S. Für derartige Apparate gibt es verschiedene Bezeichnungen. Man nennt die Instrumente Kristophon oder Perophon.

R. C. Lichtenbergerstr. 15. Das kommt alles auf die näheren Umstände an. Wir sind bereit, Ihnen mündlich genauere Auskunft zu ertheilen.

A. W. 19. 1. Im Falle der Verheirathung eines der Altersversicherung unterliegenden Mädchen erhält dasselbe die Hälfte der gezahlten Beiträge zurück. 2. Stirbt ein Versicherungsmitglied, so erhalten seine Erben die gezahlten Beiträge nicht zurück.

F. P., Wühlensstraße. Ihre Fragen sind nicht recht verständlich. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

W. B. Neuh. 1. Der Versicherte ist befugt, seine Quittungslatte beim Arbeitgeber zu hinterlegen, verpflichtet ist er nicht dazu. 2. Der Abzug 10% der Beiträge muß bei jeder Lohnzahlung geschehen.

Jahnia, S. 4. Das ist ein offener Mißbrauch. Es ist zwar in der Ordnung, daß Sie den Stempel verwenden müssen, nicht aber, daß derselbe den anderen Vereinen Mißbrauchsweg nicht abgeben wird. Wenn Sie wollen, können Sie durch eine Beschwerde beim Landrath erreichen, daß auch die anderen Vereine die 1.50 M. zahlen.